

DIE VOM IMPERIALISMUS DER GEGENWART GEWÄHLTEN KRIEGSSCHAUPLÄTZE: VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE EFFEKTIVE ANTWORT DES SÜDENS

Samir Amin

Zur Kunst der Kriegsführung gehört es, dass jede der kriegsführenden Parteien das zur Durchführung der Offensive günstigste Terrain zu besetzen sucht und danach strebt, dem Gegner dieses Terrain aufzuzwingen, damit er in die Defensive gerät. Gleiches gilt für die Politik, sowohl auf nationaler Ebene als auch auf der Ebene geopolitischer Auseinandersetzungen.

Seit etwa 30 Jahren, und bis in die Gegenwart hinein, stecken die den kollektiven Imperialismus der Triade bildenden Mächte (die USA, Westeuropa und Japan) zwei nach wie vor aktive Kriegsschauplätze ab: die „Demokratie“ und die „Umwelt“.

Ziel dieses Beitrags ist es zunächst, die Begriffe und Inhalte zu untersuchen, die in den Definitionen dieser beiden von den Mächten der Triade ausgewählten Themen enthalten sind. Beide Themen sollen aus dem Blickwinkel der Interessen derjenigen Menschen, Nationen und Staaten einer kritischen Analyse unterzogen werden, auf die sie abzielen. Neben den Ländern des früheren Ostblocks sind dies heute die Länder des Südens. In einem zweiten Schritt werden wir die Rolle all jener Instrumente betrachten, die im Sinne imperialistischer Strategien zur Kriegsführung in Anwendung gebracht werden: die „liberale“ Globalisierung mit ihrer Begleitideologie (der bürgerlichen Ökonomie), die Militarisierung der Globalisierung, „gute Regierungsführung“, „Hilfsmaßnahmen“, der Feldzug gegen den Terrorismus und Präventivkriegsführung sowie die Begleitideologien (Kultur der Postmoderne). Dabei werden wir jedes Mal die Bedingungen aufzeigen, wie die Völker und Staaten des Südens erfolgreich der Herausforderung begegnen können, die mit der Restrukturierung des Imperialismus der Triade gegeben ist.

1) „Demokratie“ – welche „Demokratie“?

Es war ein Geniestreich der Diplomatie des Atlantischen Bündnisses, die „Demokratie“ als den Schauplatz zur Durchführung ihrer Offensive zu wählen. Sie zielte von Anfang an auf die Auflösung der Sowjetunion und die Rückeroberung der Länder Osteuropas ab. Der Entschluss dazu geht bis in die 1970er Jahre zurück und manifestierte sich auf der Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dann mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975. In seinem Buch mit dem aufrüttelnden Titel „Le Piège, Helsinki et la chute du communisme“ (Die Falle: Helsinki und der Fall des Kommunismus) legt Jacques Andreani dar, wie die Sowjets, die von der NATO ein Abrüstungsabkommen und eine aufrichtige Entspannungspolitik erwarteten, von ihren westlichen Partnern ganz einfach getäuscht wurden.

Es war deshalb ein Geniestreich, weil die „Demokratiefrage“ ein echtes Problem darstellte und sich zumindest das Eine mit Sicherheit sagen ließ, dass die sowjetischen Regimes nicht „demokratisch“ waren, wie immer man den Begriff und seine Umsetzung verstand. Die Staaten des Atlantischen Bündnisses hingegen konnten sich selbst als „demokratisch“ darstellen – ungeachtet der Grenzen und Widersprüche ihrer tatsächlichen politischen Praxis, die den Erfordernissen kapitalistischer Reproduktion untergeordnet blieb. Der Systemvergleich fiel zu ihren Gunsten aus.

Dieser Diskurs über die Demokratie wurde dann allmählich ersetzt durch einen von den Sowjets und ihren Verbündeten getragenen: „friedliche Koexistenz“ in Verbindung mit gegenseitigem Respekt für die politische Praxis sowie die „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten.

Dieser Diskurs der Koexistenz hatte seine Höhepunkte. In den 1950er Jahren etwa erinnerte der Stockholmer Appell die Menschen an die tatsächlich gegebene Bedrohung, die von der aggressiven Außenpolitik ausging, die die USA seit der Konferenz von Potsdam (1945) an den Tag legten und die durch den Atombombenabwurf über Japan nur wenige Tage nach der Konferenz noch verstärkt wurde.

Gleichwohl war es für die herrschenden Mächte in Ost und West durchaus zweckmäßig, sich dieser Strategie (friedliche Koexistenz und das Prinzip der Nichteinmischung) zu bedienen – zumindest konnte es den Umständen entsprechend zweckmäßig sein. Denn dadurch wurde die hinter den jeweiligen begrifflichen Zuschreibungen „kapitalistisch“ und „sozialistisch“ stehende Wirklichkeit in den Ländern des Westens und Ostens als gegeben angesehen. Hierdurch wurde jedwede ernsthafte Debatte über den wirklichen Charakter der beiden Systeme unterbunden. D.h., dass eine Analyse des real existierenden Kapitalismus (Oligopol-Kapitalismus) und Sozialismus in unserer Epoche ausblieb. Die Vereinten Nationen tauschten (mit dem stillschweigenden Einverständnis beider Blöcke) die Begriffe „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ aus gegen „Marktwirtschaft“ und „zentrale Planwirtschaft“ (oder, um boshaft zu sein, „Zentralverwaltungswirtschaft“).

Diese beiden Begriffe – beide sind falsch (oder jedenfalls nur vordergründig zutreffend) – führten gelegentlich zur Betonung einer „Systemkonvergenz“: einer Konvergenz, deren Ursache die moderne Technologie sein sollte (auch dies ist eine falsche Theorie, die einem monistischen und technizistischen Begriff von Geschichte entstammt). Um diese „natürliche“ Konvergenz zu befördern, wurde auch die Koexistenz akzeptiert. Oder es wurde gegenteilig in bestimmten Phasen des Kalten Krieges der unüberbrückbare Gegensatz zwischen dem „demokratischen“ Modell (assoziiert mit der Marktwirtschaft) und dem „Totalitarismus“ (hervorgerufen durch die „Zentralverwaltungswirtschaft“) betont.

Indem man den „Demokratie“-Diskurs in das Zentrum der Auseinandersetzung stellte, wurde es möglich, sich für die „Unvereinbarkeit“ der Systeme auszusprechen und den Ländern im Osten als alleinige Aussicht die Kapitulation mittels Rückkehr zum Kapitalismus (zum „Markt“) anzubieten, der dann – ganz selbstverständlich – die Bedingungen für die Demokratisierung bereitstellen sollte. Die Tatsache, dass dies nicht der Fall gewesen ist (im postsowjetischen Russland) oder jedenfalls nur zur Karikatur verzerrt (betreffend unterschiedliche ethnische Gruppen in Osteuropa), ist ein anderes Thema.

Tatsächlich ist der „demokratische“ Diskurs der Länder des Atlantischen Bündnisses neueren Datums. Anfänglich arrangierte sich die NATO hervorragend mit Salazar in Portugal, den türkischen Generälen und den griechischen Obristen. Gleichzeitig unterstützte (und oftmals: errichtete) die Diplomatie der Triade die schlimmsten in Lateinamerika, Afrika und Asien jemals vorgekommenen Diktaturen.

Zunächst wurde der demokratische Diskurs mit großer Zurückhaltung aufgenommen. Viele maßgebliche politische Autoritäten des Atlantischen Bündnisses erkannten, dass die damit einhergehenden Unannehmlichkeiten, ihre bevorzugte „Realpolitik“ aus dem Gleichgewicht bringen könnten. Erst als Carter Präsident der USA war, wurde die vom Demokratiebegriff vermittelte „Moral“-Predigt richtig verstanden. In Europa war es

Mitterand, der mit der Gaullistischen Tradition brach, die Teilung Europas abzulehnen, die dem Kontinent durch die von den USA beförderte Strategie des Kalten Krieges auferlegt worden war. Durch die Erfahrungen Gorbatschows in der UDSSR wurde späterhin deutlich, dass eine Förderung dieses Diskurses eine Garantie für den Zusammenbruch war.

Der neue „demokratische“ Diskurs zeitigte also Erfolge. Der europäischen Linken schien er hinreichend überzeugend, um unterstützt zu werden. Dies betraf nicht allein die linke Wählerschaft (die sozialistischen Parteien), sondern auch die in einer radikaleren Tradition verankerte Linke, deren Erbe die kommunistischen Parteien wurden. Unter der Bezeichnung „Eurokommunismus“ wurde der Konsens landläufig.

Die herrschenden Klassen der imperialistischen Triade hatten aus ihrem Sieg gelernt. Folglich setzten sie ihre Strategie fort, die „Demokratiefrage“ im Zentrum der Debatte zu halten. China wird nicht vorgeworfen, seine Wirtschaft der Außenwelt geöffnet zu haben, sondern der Umstand, dass seine Politik von der kommunistischen Partei gesteuert ist. Kubas soziale Errungenschaften, die in ganz Lateinamerika ihresgleichen suchen, bleiben unerwähnt, während das Einparteiensystem fortwährend stigmatisiert wird. Derselbe Diskurs wird sogar gegen Putins Russland in Anschlag gebracht.

Ist der Triumph der Demokratie der wahre Zweck dieser Strategie? Man muss schon sehr naiv sein, um dies zu glauben. Das einzige Ziel besteht darin, widerspenstigen Ländern die „Marktwirtschaft“ aufzuerlegen, sie zu öffnen und in das sogenannte liberale Weltsystem zu integrieren. Das Vorhaben ist in Wahrheit imperialistisch und besteht darin, diese Länder auf den Status unterworfenen Peripherien des Systems zu reduzieren. Einmal erreicht, wird dieser Zweck zu einem Hemmschuh im demokratischen Entwicklungsprozess dieser betrogenen Länder und ist somit alles andere als eine fortschrittliche Reaktion auf die „Demokratiefrage“.

Die Chancen auf demokratischen Fortschritt in den Ländern, in denen es (zumindest anfangs) „real existierenden Sozialismus“ gab, wären – mittelfristig, wenn nicht unmittelbar – größer gewesen, hätte sich die Dialektik der sozialen Auseinandersetzungen aus sich selbst heraus entwickeln können. Hierdurch wäre die Möglichkeit eröffnet worden, die Beschränkungen des „real existierenden Sozialismus“ (der zudem durch seine teilweise Einlassung auf die Öffnung durch die liberale Marktwirtschaft deformiert wurde) zu überwinden und ein Licht am „Ende des Tunnels“ zu erreichen.

Tatsächlich wird das Thema „Demokratie“ nur gegen solche Länder ins Feld geführt, die sich der globalisierten liberalen Marktwirtschaft nicht öffnen wollen. Viel weniger Besorgnis gibt es hinsichtlich despotischer Regimes. Saudi-Arabien und Pakistan sind gute Beispiele, aber auch Georgien (positive Haltung zum Atlantischen Bündnis) sowie viele andere.

Außerdem beinhaltet die „demokratische“ Formel bestenfalls das, was als Karikatur einer „Mehrparteienwahl“ bezeichnet werden kann und geht kaum darüber hinaus. „Mehrparteienwahlen“ sind dem sozialen Fortschritt nicht bloß gänzlich äußerlich, sondern sind stets – oder fast immer – mit jener Form sozialen Rückschritts verbunden, den die Vorherrschaft des derzeit existierenden Kapitalismus (der Oligopole) erfordert und mit sich bringt. Die Formel hat die Demokratie bereits weithin untergraben, weshalb viele zutiefst irregeleitete Menschen heute religiöse und vergangenheitsbezogene ethnische Bindungen an ihre Stelle setzen.

Deshalb ist es heute mehr denn je notwendig, die Kritik der radikalen Linken zu forcieren (ich unterstreiche das Wort „radikal“, um sie gegen die verwirrende und vage Kritik der Linken abzugrenzen). Erforderlich ist, mit anderen Worten, eine Kritik, die die Demokratisierung der Gesellschaft (und nicht bloß ihres politischen Managements) mit sozialem Fortschritt (in sozialistischer Perspektive) verbindet, statt sie von ihm loszulösen. Im Rahmen dieser Kritik sind der Kampf für Demokratisierung und der Kampf für den Sozialismus ein und dasselbe. Kein Sozialismus ohne Demokratie, aber zugleich auch kein demokratischer Fortschritt ohne eine sozialistische Perspektive.

2) „Die Umwelt“ – oder: die sozialistische Perspektive des Gebrauchswerts? Die ökologische Frage und die sogenannte nachhaltige Entwicklung

Auch hier muss die Zurkenntnisnahme eines tatsächlich gegebenen Problems der Ausgangspunkt sein: die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt und, in letzter Instanz, die Fortdauer des Lebens auf unserem Planeten, die durch die Logik der Kapitalakkumulation in Frage gestellt sind.

Auch hier reicht das Problem in die 1970er Jahre zurück, genauer gesagt: bis auf die Stockholm-Konferenz von 1972. Über lange Zeit wurde es als untergeordnetes Problem angesehen und in den vorherrschenden Diskursen und Wirtschaftspraktiken vernachlässigt. Erst vor relativ kurzer Zeit wurde das Problem im Rahmen der vorherrschenden Strategie als wesentliches Element anerkannt.

Folglich geschah es mit einiger Verzögerung, dass die Arbeit von Wackernagel und Rees (deren erste Publikation in englischer Sprache 1996 erschien) Ausgangspunkt radikalen, mit der Gestaltung der Zukunft befassten sozialen Gedankenguts wurde.

Mit dem „ökologischen Fußabdruck“ legten Wackernagel und Rees nicht nur einen neuen Begriff vor. Sie arbeiteten überdies ein System zu seiner Quantifizierbarkeit aus, dessen Maßeinheit der Global-Hektar ist. Hierbei wird die Biokapazität von Gesellschaften/Ländern (ihr Beitrag zur Produktion und Reproduktion von Lebensbedingungen auf dem Planeten) verglichen mit dem Verbrauch an Ressourcen, die den Ländern unter Zugrundelegung ihrer Biokapazität zur Verfügung stehen.

Die Autoren gelangten zu äußerst beunruhigenden Ergebnissen. Auf den Menschen bezogen beträgt die Biokapazität unseres Planeten 2,1 Global-Hektar (gha) pro Kopf, entsprechend 13,2 Milliarden gha bei 6,3 Milliarden Menschen. Dabei lag der weltweite durchschnittliche Ressourcenverbrauch bereits Mitte der 1990er Jahre bei 2,7 gha. Hinter diesem „Durchschnitt“ verbirgt sich eine enorme Ungleichheit: Der Durchschnitt der Länder der Triade belief sich bereits auf etwa das Vierfache des Weltdurchschnitts. Ein erheblicher Teil der Biokapazität von Gesellschaften des Südens ist bereits vom Zentrum für die eigenen Profite genutzt worden. Mit anderen Worten: Die Expansion des real existierenden Kapitalismus zerstört den Planeten und die Menschheit, wobei die Fortsetzung dieser Logik der Expansion entweder einen veritablen Genozid an den im Wege stehenden Völkern des Südens erforderlich macht oder zumindest ihren Verbleib in einem Zustand beständig wachsender Armut. Gegenwärtig nimmt ein Öko-Faschismus Gestalt an, der eine solche Lösung des Problems legitimiert.

Die Bedeutung der Arbeit von Wackernagel/Rees geht über die in ihr gezogenen Schlüsse hinaus. Denn sie legt eine Berechnung (und ich sage ausdrücklich Berechnung, nicht Diskurs) des Gebrauchswerts der planetarischen Ressourcen vor, der in Global-Hektar gemessen wird, nicht in Dollar.

Es hat sich also als möglich erwiesen, den sozialen Gebrauchswert absolut rational zu berechnen. Dieser Beweis ist von entscheidender Bedeutung, da der Sozialismus begriffen werden kann als eine Gesellschaft, die auf den Gebrauchswert und nicht auf den Tauschwert gegründet ist. Und die Verteidiger der Rede vom Kapitalismus als dem Ende der Geschichte haben stets argumentiert, der Sozialismus sei deshalb eine unrealistische Utopie, weil – ihnen zufolge – der Gebrauchswert nicht unabhängig vom Tauschwert bestimmt werden könne (gründend auf der „Nützlichkeit“ der Vulgärökonomie).

Die Berücksichtigung des Gebrauchswerts (wofür der ökologische Fußabdruck das erste gute Beispiel bietet) impliziert, dass der Sozialismus „ökologisch“ sein muss und nicht anders denn ökologisch sein kann. Wie Altvater bemerkte: „Solarer Sozialismus oder gar kein Sozialismus“. Dies bedeutet jedoch auch, dass es für jedwedes kapitalistische System, selbst für „reformierte“, unmöglich ist, sich auf ihn einzulassen, wie wir später noch sehen werden.

Zu seiner Zeit ahnte Marx nicht bloß die Existenz dieses Problems voraus, er unterschied bereits streng zwischen Wert und Reichtum, die von den Vulgärökonomern vermennt wurden. Er sagte ganz ausdrücklich, dass die Akkumulation des Kapitals die natürliche Basis zerstörte, auf der er selbst gründete: Menschen (die entfremdeten, ausgebeuteten, beherrschten und unterdrückten Arbeiter) und das Land (Symbol des natürlichen Reichtums, der der Menschheit gegeben ist). Wie beschränkt diese Aussage auch immer sein mag – jeder ist eben Gefangener seiner Zeit –, so ist doch zutreffend, dass ein waches Problembewusstsein aus ihr spricht (das über bloße Intuition hinausgeht), welches anerkannt werden sollte.

Deswegen ist es auch so bedauerlich, dass die Ökologen unserer Zeit, Wackernagel und Rees inbegriffen, Marx nicht gelesen haben. Dies hätte sie in die Lage versetzt, ihre Vorschläge weiter zu entfalten, ihre revolutionäre Tragweite besser zu verstehen und, was dieses Thema betrifft, augenscheinlich sogar über Marx hinauszugehen.

Durch diese Beschränkung der modernen Ökologie kann sie von der Vulgärökonomie, die derzeit eine dominante Rolle spielt, leichter vereinnahmt werden. Diese Vereinnahmung ist bereits auf den Weg gebracht – und sogar schon weit fortgeschritten.

Politische Ökologie, wie die von Alain Lipietz vorgeschlagene, trat zuerst in den Reihen der „pro-sozialistischen“ politischen Linken auf den Plan. Dann wurden die „grünen“ Bewegungen (und anschließend die „grünen“ Parteien) als mitte-links klassifiziert; Grund hierfür waren ihre ausdrücklichen Sympathien für soziale und internationale Gerechtigkeit, ihre Kritik an der „Verschwendung“ und ihre Teilnahme am Los der Arbeiter und „armer“ Bevölkerungskreise. Mehr noch als die Vielfältigkeit dieser Bewegungen wird man konstatieren müssen, dass keine von ihnen eine genaue Beziehung zwischen der genuin sozialistischen Dimension hergestellt hat – die als Antwort auf die Herausforderungen notwendig ist – und der ebenso unerlässlichen ökologischen Dimension. Um dies leisten zu können, darf die auf Marx zurückgehende Unterscheidung zwischen Wert und Gebrauchswert nicht unterschlagen werden.

Die Übernahme der Ökologie durch die Vulgärökologie findet auf zwei Ebenen statt: Einerseits, indem gebrauchswertbasierte Rechnungen auf „verbesserte“ Tauschwertrechnungen reduziert werden und andererseits, indem die ökologische Herausforderung auf eine Ideologie des Konsenses heruntergekocht wird. Beide Vorgänge unterbinden die Bewusstwerdung dessen, dass Ökologie und Kapitalismus ihrem Wesen nach Gegenspieler sind.

Die Vulgärökonomie hat das ökologische Kalkül mit Riesenschritten vereinnahmt. In den USA und – diese nachahmend – in Europa wurden Tausende junger Wissenschaftler zu diesem Zweck mobilisiert.

Die „ökologischen Unkosten“ werden folglich den externen Kosten hinzugerechnet. Die herkömmliche Methode einer Kosten-Nutzen-Analyse zur Ermittlung des Tauscherts (der seinerseits mit dem Marktpreis verwechselt wird) wird somit angewendet, um zu einem „angemessenen Preis“ zu gelangen, in dem der wirtschaftliche Nutzen und die negativen externen Effekte enthalten sind. So einfach geht das!

Natürlich geht aus diesen hochgradig mathematischen Arbeiten – die im Bezugsrahmen herkömmlicher Methodik der Vulgärökonomie ausgeführt werden – nicht hervor, wie aus dem ermittelten „angemessenen Preis“ derjenige des real existierenden Marktes werden kann. Man kann sich gut vorstellen, dass steuerliche und andere „Anreize“ ausreichend sind, um diese Konvergenz hervorzurufen. Der Beweis dafür, dass dem so ist, steht allerdings noch aus.

Tatsächlich erhellt bereits jetzt, dass die Oligopole die ökologische Sache vereinnahmt haben, um für ihre destruktive Expansion neue Gebiete zu erschließen. In seinem Buch über Biotreibstoffe gibt François Houtart ein ausgezeichnetes Beispiel. „Grüner“ Kapitalismus steht derzeit bei den Machthabern der Triade (rechten wie linken) und den Direktoren der Oligopole auf der Tagesordnung. Natürlich passt der hier in Frage stehende Ökologismus zum Prinzip „schwacher Nachhaltigkeit“ – um den aktuellen Jargon aufzugreifen –, d.h. zur „Vermarktung von Zugangsrechten zu den planetaren Ressourcen“. Alle konventionellen Wirtschaftswissenschaftler haben sich öffentlich zu dieser Position bekannt und die „Versteigerung der Ressourcen der Erde (Fischereigebiete, Verschmutzungszertifikate usw.) vorgeschlagen. Dieser Vorschlag trägt schlicht dazu bei, die Oligopole in ihrem Bestreben, eine Hypothek auf die Zukunft der Menschen des Südens aufzunehmen, noch weitergehend zu unterstützen.

Diese Vereinnahmung des ökologischen Diskurses erweist dem Imperialismus einen sehr nützlichen Dienst. Sie ermöglicht nämlich die Verdrängung, wenn nicht gar die Beseitigung, des Problems der Entwicklung. Bekanntlich stand die Frage der Entwicklung solange nicht auf der internationalen Tagesordnung, bis die Länder des Südens in der Lage waren, sie aus eigener Initiative vorzubringen, wobei sie die Mächte der Triade zu Verhandlungen und Zugeständnissen zwangen. Nach dem Ende der Ära von Bandung ging es jedoch nicht mehr um Entwicklung, sondern nur noch um die Erschließung von Märkten. Und die Ökologie, so wie sie von den vorherrschenden Mächten begriffen wird, schreibt diesen Zustand nur fort.

Die Übernahme des ökologischen Diskurses durch die Konsenspolitik (sie ist ein unabdingbarer Ausdruck der Rede vom Kapitalismus als dem Ende der Geschichte) ist ebenso weit fortgeschritten.

Diese Vereinnahmung hatte leichtes Spiel, da sie der Entfremdung und verzerrten Wirklichkeit entspricht, aus der sich die vorherrschende Kultur speist. Und das ist die kapitalistische. Leichtes Spiel auch deswegen, weil diese Kultur tatsächlich existiert und gegeben ist und das Bewusstsein der Mehrheit aller Menschen im Süden wie im Norden bestimmt.

Sich hiervon mit den Bedürfnissen einer sozialistischen Gegenkultur abzusetzen, gestaltet sich äußerst schwierig. Eine sozialistische Kultur ist nicht einfach gegeben und greifbar.

Sie ist die Zukunft und erst noch zu erfinden, ein Zivilisationsprojekt, das der produktiven Einbildungskraft offensteht. Formeln wie „Vergesellschaftung mittels Demokratie und nicht über den Markt“ und „Dominanz des Kulturellen statt Vorherrschaft der Wirtschaft und der in ihrem Dienste stehenden Politik“ reichen nicht, obwohl sie den historischen Veränderungsprozess erfolgreich eingeleitet haben. Denn es wird sich um einen regelrechten „Jahrhundertprozess“ handeln: Der Umbau der Gesellschaften gemäß nichtkapitalistischen Prinzipien in Nord und Süd kann nicht „zügig“ vonstatten gehen. Aber die Gestaltung der Zukunft, selbst der entlegenen, beginnt schon heute.

3) Bürgerliche Ökonomie: ein ideologisches Instrument von zentraler Bedeutung für die kapitalistische Reproduktion

Die bürgerliche Ökonomie spricht vom aktuellen System als „der Marktwirtschaft“. Allein schon auf deskriptiver Ebene ist dies unzutreffend: Wie bereits angedeutet, passt der Begriff auf das England des 19. Jahrhunderts ebenso gut wie auf das China der Sung- und Ming-Dynastie oder die Stadtstaaten der italienischen Renaissance.

Schon immer war die Theorie der „Marktwirtschaft“ das Rückgrat der „Vulgärökonomie“. Von Beginn an lässt diese Theorie einen maßgeblichen Aspekt der Wirklichkeit vollständig außen vor – die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse (zumal das zu einem unantastbaren Grundsatz erhobene Eigentum als der unmittelbare Ausdruck dieser Verhältnisse). Dieser Aspekt wird ersetzt durch die Hypothese einer aus „Individuen“ zusammengesetzten Gesellschaft (die als Schlussergebnis dieser Analyse zu Agenten werden, die die gesellschaftliche Reproduktion und Weiterentwicklung aktiv betreiben). Diese Vorstellung vom „Individuum“ (homo oeconomicus) als dem vom Beginn der Menschheitsgeschichte an mit sich selbst gleichgebliebenen Einzelnen (Robinson Crusoe) und Träger unveränderlicher Eigenschaften (Egoismus, die Fähigkeit zu rechnen und eigennützig Entscheidungen zu treffen) ist gänzlich unhistorisch. Das auf diesen theoretischen Voraussetzungen gründende Konstrukt – die „Marktwirtschaft“ – ist folglich weit entfernt davon, einen seriösen Begriff des Kapitalismus zu vermitteln, wie er sich historisch entwickelt hat und aktuell gegeben ist. Es handelt sich hierbei um ein imaginäres Konstrukt, in das praktisch nichts von dem eingeflossen ist, was die Grundzüge der kapitalistischen Wirklichkeit ausmacht.

Marx' *Kapital* entschleierte den ideologischen Charakter (im funktionalen Wortsinn) dieses auf Frédéric Bastiat und Jean-Baptiste Say zurückgehenden Konstrukts der Vulgärökonomie, dessen Funktion schlicht darin besteht, die jeweils gegebene gesellschaftliche Ordnung zu legitimieren und sie mit einer „natürlich gegebenen Vernunftordnung“ gleichzusetzen. Die später entwickelten Werttheorien weichen von diesem durch die Grundprinzipien der Vulgärökonomie vorgegebenen Rahmen nicht ab. Hierzu gehören die Nutzentheorie und die Theorie vom gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als Antwort auf Marx entwickelt wurden, sowie ihr Erbe: die aktuelle mathematische Ökonomie, die mit den Prädikaten klassisch, neoklassisch, liberal, neoliberal versehen wird (wobei die Bezeichnungen unerheblich sind).

Der vulgärökonomische Diskurs leistet einen stützenden Beitrag zur Produktion und Reproduktion des real existierenden Kapitalismus.

Er befördert die Lobrede auf den „Wettbewerb“, der vor allem anderen als Bedingung für den „Fortschritt“ angesehen wird. Und er weigert sich, dieses Attribut (ungeachtet geschichtlicher Beispiele) dem Prinzip der Solidarität zuzuerkennen, das in ein enges

Korsett aus Mitgefühl und Wohlfahrt eingezwängt bleibt. Es kann sich um Wettbewerb zwischen „Produzenten“ (d.h. Kapitalisten, wenn man die oligopolistische Form gegenwärtiger kapitalistischer Produktionsverhältnisse außer Betracht lässt) handeln oder zwischen „Arbeitern“ (womit unterstellt wird, dass die Arbeitslosen oder „Armen“ an ihrer Lage selbst schuld sind). Die Vorherrschaft des „Wettbewerbs“ wird verstärkt durch neue Sprachgepflogenheiten („Sozialpartner“ statt Klassenkonflikte) und Praktiken – darunter das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, welches ein eifriger Anhänger des Abbaus von Gewerkschaften ist, die den Wettbewerb unter den Arbeitern behindern.

Zudem lädt die exklusive Übernahme des Wettbewerbs als dominierendes Prinzip die Gesellschaft dazu ein, dem Ziel einer „Konsensfindung“ beizupflichten, das die Perspektive einer „anderen“, solidaritätsbasierten, Gesellschaft ausschließt. Diese Ideologie der Konsensgesellschaft, die auf bestem Wege ist, sich in Europa durchzusetzen, hebt die revolutionäre Reichweite der demokratischen Botschaft auf. Sie vermittelt die Botschaft des libertären rechten Flügels, die den Staat – gleich welchen Schlages – als Gegner der Freiheit ansieht (sprich: als Gegner der Freiheit kapitalistischer Unternehmen), während die demokratische Praxis vom sozialen Fortschritt abgekoppelt wird.

4) Jenseits der Vulgärökonomie – die wirklichen Probleme unserer Zeit

Die Vulgärökonomie blendet die großen Fragen unserer Zeit, die uns durch die Ausdehnung des historischen Kapitalismus in seinem weltumspannenden Eroberungszug aufgegeben sind, einfach aus. Rufen wir uns zunächst den Charakter dieser Fragen kurz in Erinnerung.

Im Zentrum gegenwärtiger Weltprobleme steht der allumfassende, globalisierte und finanzinteressengeleitete Oligopol-Kapitalismus.

Die Zentralisierung und Konzentrierung von Kapital hat im gegenwärtigen Kapitalismus ein Ausmaß erreicht, dass keinen Vergleich mit dem Zustand auch nur vor 50 Jahren zulässt; folglich charakterisiere ich diese Form des Kapitalismus als einen der generalisierten Oligopole. „Monopole“ (besser: Oligopole) sind keineswegs Erfindungen der Moderne. Neu ist indes die begrenzte Anzahl registrierter Oligopole („Gruppen“), die sich auf etwa 500 beläuft, wenn man nur die Giganten zählt, und auf 3000 bis 5000 in einer vollständigen Auflistung. Mit ihren Entscheidungen bestimmen sie inzwischen das gesamte Wirtschaftsleben auf dem Planeten – und noch einiges mehr. Dieser Kapitalismus der generalisierten Oligopole ist somit als qualitativer Sprung im Rahmen der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus anzusehen.

Der für diese Entwicklung angeführte Grund – und für gewöhnlich ist es der einzige genannte – ist, dass wir es mit einem unausweichlichen Ergebnis des technologischen Fortschritts zu tun haben. Dies ist nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Und bei alledem muss auch hervorgehoben werden, dass technologische Erfindungen in hohem Maße von den Bedürfnissen der Konzentration und des Gigantismus diktiert sind. Für einen erheblichen Teil der Produktionstätigkeit gilt, dass Effizienz einen wirtschaftlichen Gigantismus nicht nur nicht erfordert, sondern im Gegenteil auf „kleine“ und „mittelgroße“ Unternehmen angewiesen ist. Dies betrifft beispielsweise die landwirtschaftliche Produktion, wo sich gezeigt hat, dass moderne Familienbetriebe weitaus effizienter sind. Aber es trifft auch auf viele andere Bereiche der Herstellung von

Gütern und Dienstleistungen zu, die heute den Oligopolen untergeordnet sind, die die Bedingungen ihres Überlebens festlegen.

Der allerwichtigste tatsächliche Grund ist das Streben nach maximalen Profiten, welches mächtige Gruppierungen mit bevorzugtem Zugang zu den Kapitalmärkten begünstigt. Schon immer war dieser Konzentrationsprozess die Antwort des Kapitals auf die langwährenden und tiefgehenden Krisen, die seine Geschichte markieren. In der jüngeren Vergangenheit geschah dies erstmals nach der Krise, die in den 1870er Jahren begann und ein zweites Mal genau ein Jahrhundert später in den 1970er Jahren.

Diese Konzentration ist der Ursprung der „Finanzialisierung“ des Systems, denn auf diese Weise schöpfen die Oligopole den vom produktiven System erwirtschafteten globalen Mehrwert ab – gewissermaßen ein „Rentenmonopol“, das es Gruppen von Oligopolen erlaubt, ihre Profitrate beträchtlich zu vergrößern. Diese Geldabschöpfung wird durch den exklusiven Zugang der Oligopole zu den Geld- und Finanzmärkten erzielt, die deswegen zu dominierenden Märkten werden.

Aus diesem Grunde ist „Finanzialisierung“ keineswegs als das Resultat einer bedauerlichen Tendenz anzusehen, die mit der „Deregulierung“ der Finanzmärkte in Zusammenhang steht – geschweige denn als Ergebnis von „Unfällen“ (wie dem Subprime-Fiasko), worauf Vulgärökonomien und der begleitende politische Diskurs die Aufmerksamkeit der Menschen lenken. Sondern es ist ein notwendiges Erfordernis der Reproduktion des Systems generalisierter Oligopole. Es hat, mit anderen Worten, solange keinen Sinn, über eine großangelegte „Regulierung“ der Finanzmärkte zu reden, wie ihr (privater) Status nicht hinterfragt wird.

Der Kapitalismus generalisierter und finanzialisierter Oligopole ist zugleich globalisiert.

Auch hier ist „Globalisierung“ kein neues Charakteristikum des Kapitalismus, der schon immer „globalisiert“ war. Ich bin bei der Beschreibung kapitalistischer Globalisierung sogar noch weiter gegangen, indem ich seinen inhärent „polarisierenden“ Charakter hervorgehoben habe (da er eine sich ausweitende Kluft zwischen den „entwickelten“ Zentren des Systems und seinen unterworfenen Peripherien hervorruft). Dies hat in allen Stadien kapitalistischer Expansion in Vergangenheit und Gegenwart stattgefunden und gilt auch für die nächste Zukunft. Ich habe auch die These vorgebracht, dass die neue Phase der Globalisierung notwendigerweise mit der Heraufkunft des „kollektiven Imperialismus der Triade“ einherging.

Die neue Globalisierung selbst ist unzertrennlich von der exklusiven Kontrolle des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen des Planeten, wie sie vom kollektiven Imperialismus ausgeübt wird. Daher ist der Widerspruch zwischen Zentrum und Peripherie – im aktuellen Jargon: der Nord-Süd-Konflikt – von zentraler Bedeutung hinsichtlich aller etwaigen Veränderungen des gegenwärtig existierenden Kapitalismus. Und in noch höherem Maße als in der Vergangenheit erfordert dies die „militärische Kontrolle des Planeten“ durch das kollektive imperialistische Zentrum.

Die unterschiedlichen „Systemkrisen“, die man studiert und analysiert hat – der energieverpressende Charakter des Produktionssystems, die Landwirtschafts- und Ernährungskrise usw. – sind untrennbar von den Bedürfnissen kapitalistischer Reproduktion im Zeitalter der generalisierten, finanzialisierten und globalisierten Oligopole. Wird der Status dieser Oligopole nicht in Frage gestellt, wird jede zur Lösung dieser „Systemkrisen“ in Anwendung gebrachte Politik – Formeln wie „nachhaltige Entwicklung“ – nicht viel mehr sein als eitles Geschwätz.

Der Kapitalismus der generalisierten, finanzialisierten und globalisierten Oligopole ist somit in dem Sinne ein „hinfalliges“ System geworden, dass die Vergesellschaftung der Oligopole – d.h. die Aufhebung ihres privaten Charakters – heute die wichtigste strategische Zielvorgabe einer jeden authentischen kritischen Analyse der realen Welt sein sollte. Geschieht dies nicht, kann das System aus sich heraus nur mehr und mehr barbarische und kriminelle Zerstörung hervorbringen – und sogar die Zerstörung des Planeten selbst. Mit Sicherheit bedeutet dies die Zerstörung der Gesellschaften in den Peripherien: der sogenannten „Schwellenländer“, wie auch der „marginalisierten“ Länder.

Der hinfallige Charakter des Systems im augenblicklichen Zustand seiner Entwicklung ist seinerseits untrennbar von Strukturveränderungen in den herrschenden Klassen („Bourgeoisien“), der politischen Praxis, Ideologie und politischen Kultur. Die historische Bourgeoisie verschwindet von der Bildfläche und wird jetzt ersetzt von der Plutokratie der „Bosse“ der Oligopole. Der Verfall demokratischer Praxis in der jeglicher Inhalte beraubten Demokratie und das Aufkommen ultrareaktionären Gedankenguts sind notwendige Begleitbestandteile des hinfalligen Zugs des gegenwärtigen Kapitalismus.

Die Vorherrschaft der Oligopole wird in der zentralen imperialistischen Triade unter unterschiedlichen Bedingungen und mit Mitteln durchgesetzt, die sich von denen unterscheiden, die in den Ländern der Peripherie des Systems zur Anwendung kommen. Es ist ein entscheidender Unterschied, der essentiell ist für die Identifizierung der Hauptwidersprüche des Systems und um mögliche Weiterentwicklungen des Nord-Süd-Konflikts vorwegnehmen zu können, der sich voraussichtlich noch verschärfen wird.

Die kollektive imperialistische Triade vereint die USA und ihre äußeren Provinzen (Kanada und Australien), West- und Mitteleuropa sowie Japan. Die globalisierten Monopole sind allesamt Produkte der Konzentration des nationalen Kapitals in den Ländern, die die Triade konstituieren. Die osteuropäischen Länder, selbst jene, die heute der Europäischen Union angehören, haben noch nicht einmal ihre eigenen „nationalen“ Oligopole und bilden somit nur einen Freiraum für die Expansion der Oligopole Westeuropas (insbesondere Deutschlands). Aus diesem Grunde sehen sie sich auf den Status der Peripherie reduziert. Ihr ungleichgewichtiges Verhältnis zu Westeuropa ist, mutatis mutandis, analog demjenigen, das Lateinamerika an die USA bindet (und, in zweiter Linie, an Westeuropa und Japan).

In der Triade besetzen die Oligopole die gesamte Spektrum ökonomischer Beschlussfassungen. Sie üben ihre Vorherrschaft direkt auf alle Güter und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen aus, wie etwa die Finanzinstitutionen (Banken und andere), die sich ihrer Macht verdanken. Und sie üben ihre Vorherrschaft indirekt auf all die kleinen und mittelgroßen Unternehmen aus (in der Landwirtschaft wie in anderen Bereichen der Produktion), die sich oftmals auf den Status von Subunternehmern reduziert sehen und dabei fortwährend den Zwängen unterliegen, die ihnen die Oligopole in allen Phasen ihrer geschäftlichen Aktivität auferlegen. Die in den Ländern der Peripherie agierenden Oligopole bedienen sich unterschiedlicher Methoden, die später beschrieben werden.

Die Oligopole beherrschen nicht nur das Wirtschaftsleben der Länder der Triade. Sie monopolisieren auch die politische Macht zu ihrem eigenen Vorteil, und die politischen Parteien (rechte wie linke) sind zu ihren Schuldnern geworden. Trotz des mit ihr einhergehenden Demokratieabbaus ist diese Situation auf absehbare Zeit als „legitim“ akzeptiert. Und dies wird solange nicht in Frage gestellt werden, bis sich, vielleicht irgendwann in der Zukunft, „antiplutokratische Fronten“ formieren, die die Aufhebung

der privaten Lenkung der Oligopole auf die Tagesordnung setzen und ihre Vergesellschaftung zu komplexen Formen betreiben, die sich offen weiterentwickeln können.

In der Peripherie üben die Oligopole ihre Macht auf gänzlich unterschiedliche Weise aus. Es ist zutreffend, dass die Delokalisierung und die Ausweitung der Praxis des Subunternehmertums den Oligopolen der Triade gewisse Machtmittel verschafft haben, um in das Wirtschaftsleben der verschiedenen Länder direkt intervenieren zu können. Doch handelt es sich dabei nach wie vor um unabhängige Staaten, die von den dortigen regierenden Schichten beherrscht werden; und die Oligopole der Triade müssen durch diese hindurch operieren. Die Verfahrensregeln, nach denen sich die Beziehungen zwischen den Oligopolen und den jeweilig herrschenden Schichten gestalten, sind breit gefächert. Sie reichen von der vollständigen Unterwerfung letzterer in den „kompradorisierten“ („rekolonisierten“) Ländern zumal der „marginalisierten“ Peripherie (insbesondere, aber nicht ausschließlich, Afrikas) bis hin zu bisweilen schwierigen Verhandlungen (mit der Notwendigkeit gegenseitiger Zugeständnisse) mit den führenden Schichten insbesondere in den Schwellenländern, mit China an erster Stelle.

Auch in den Ländern des Südens gibt es Oligopole. Dabei handelte es sich um die großen staatseigenen Betriebe früherer Systeme des real existierenden Sozialismus (in China natürlich ebenso wie in der Sowjetunion, auf bescheidenerem Niveau aber auch auf Kuba und in Vietnam). Dies war auch in Indien, Brasilien und anderen Teilen des „kapitalistischen Südens“ der Fall; einige dieser Oligopole besaßen einen staatlichen oder halbstaatlichen Status, während andere privat waren. Mit der Vertiefung des Globalisierungsprozesses begannen manche Oligopole (staatliche und private), außerhalb ihrer Grenzen zu agieren und die von den Oligopolen der Triade genutzten Methoden zu übernehmen. Nichtsdestotrotz sind die Interventionen der Oligopole des Südens außerhalb der Landesgrenzen minimal, und im Vergleich zu denen des Nordens werden sie dies noch auf lange Sicht bleiben. Überdies haben die Oligopole des Südens in ihren jeweiligen Ländern noch nicht die politische Macht an sich gerissen, um sie ausschließlich für den eigenen Profit zu nutzen. In China bildet die „Staatokratie“ der Ein-Parteien-Herrschaft nach wie vor das Zentrum der Macht. In Russland hat die Mischung aus Staat und privaten Oligarchien dem Staat die Regierungsgewalt zurückgegeben, die er nach dem Kollaps der UDSSR verloren hatte. In Indien, Brasilien und anderen Ländern des Südens ist der Einfluss der privaten Oligarchien nicht exklusiv: Macht gründet hier auf größeren hegemonialen Blöcken, darunter insbesondere die nationale Bourgeoisie, die Mittelschichten, die Eigentümer modernisierter großflächiger Latifundien und reiche Bauern.

Diese Bedingungen insgesamt machen es unmöglich, den Staat der Länder der Triade mit dem Staat in der Peripherie gleichzusetzen. Dieser hat niemals das Maß an Legitimität genossen, über das der Staat in den Zentren verfügte, und er könnte auch dieses Wenige noch verlieren. Tatsächlich sind die Machthaber anfällig und durch soziale und politische Kämpfe verwundbar.

Zweifelsohne verfehlt – auch bezüglich der „Schwellenländer“ – ist die Hypothese, wonach diese Verwundbarkeit nur „vorübergehend“ ist und mit der Entwicklung des Kapitalismus im Zuge der Globalisierung abnimmt. Sie entstammt einer Vorstellung linearer „Entwicklungsstadien“ (formuliert von Rostow 1960). Das herkömmliche Denken und die Vulgärökonomie verfügen nicht über das nötige intellektuelle Rüstzeug, um zu begreifen, dass ein „Aufholen“ innerhalb des Systems unmöglich ist und dass die Kluft zwischen den Zentren und den Peripherien nicht „allmählich“ verschwinden wird.

Die Oligopole und die ihnen in den Ländern der Triade dienenden politischen Mächte setzen das fort, was ihr einziges Bestreben ist: „aus der Finanzkrise herauszukommen“ und das System in den alten Zustand zurückzusetzen. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass eine solche Wiederherstellung – wenn sie denn gelingt, was nicht unmöglich ist, wenngleich schwieriger als gemeinhin angenommen – nicht von Dauer sein kann. Denn sie beinhaltet eine Rückkehr zur Expansion der Finanzdimension, was für die Oligopole unabdingbar ist, wenn es ihnen gelingen soll, sich die Monopolrente zu ihrem eigenen Vorteil anzueignen. Eine neue Finanzkrise, noch aufsehenerregender als die von 2008, ist deswegen wahrscheinlich. Davon einmal abgesehen, würde eine zwecks forcierter Wiederaufnahme der Vorhaben der Oligopole durchgeführte Restauration des Systems zu einer Zunahme des Akkumulationsprozesses vermittels Enteignung der Menschen des Südens führen (auf dem Wege der Inbesitznahme ihrer natürlichen Ressourcen, darunter ihr Agrarland). Und die von den Ökologen geführten Diskurse über „nachhaltige Entwicklung“ werden sich gegen die Logik der Expansion der Oligopole nicht durchsetzen können. Denn diese sind durchaus in der Lage, sie in ihr rhetorisches Gebaren zu integrieren, was bereits deutlich geworden sein sollte.

Hauptsächliche Opfer dieser Restauration werden die Nationen des Südens sein, sowohl die „Schwellenländer“ als auch andere.

Folglich ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die „Nord-Süd“-Konflikte künftig noch verschärfen werden. Den Antworten, mit denen der „Süden“ auf diese Herausforderungen reagiert, könnte deswegen eine Schlüsselrolle für die Hinterfragung des gesamten globalisierten Systems zukommen. Dies muss nicht gleich auf eine Infragestellung „des Kapitalismus“ hinauslaufen; mit Sicherheit aber bedeutet es eine Hinterfragung der von den herrschenden Oligopolen diktierten Globalisierung.

Der Süden muss sich in seinen Antworten in der Tat darauf konzentrieren, dazu beizutragen, dass seine Völker und Staaten mit dem nötigen Rüstzeug versehen werden, um dem Angriff der Oligopole der Triade standzuhalten, ihnen ein „Ausklinken“ aus dem bestehenden System der Globalisierung zu erleichtern und Alternativen multilateraler Süd-Süd-Beziehungen zu befördern.

Sicherlich ist die Infragestellung des privatwirtschaftlichen Charakters der Oligopole durch die Bevölkerungen des Nordens selbst (die „anti-plutokratische Front“) eine unverzichtbare strategische Zielvorgabe im Kampf für die Emanzipation der Arbeiter und Völker. Doch muss dieses Ziel politisch erst noch reifen und seine Umsetzung ist auf absehbare Zeit nicht sehr wahrscheinlich. Unterdessen wird voraussichtlich der Nord-Süd-Konflikt ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.

Der Kapitalismus – ein geschichtliches Zwischenspiel

Das den Kapitalismus definierende Prinzip unendlicher Akkumulation ist ein Synonym für exponentielles Wachstum, und dieses endet, wie ein wuchernder Krebs, mit dem Tode. Stuart Mill, der dies begriffen hatte, dachte, dass dieser irrationale Prozess in einem „stationären Zustand“ endigen würde. Keynes teilte diesen Vernunftoptimismus. Doch keiner von beiden war in der Lage zu verstehen, wie die erforderliche Überwindung des Kapitalismus zustande kommen könnte. Indem Marx dem neuen Klassenkampf die ihm zukommende Rolle zuschrieb, konnte er sich indes eine Überwindung der Macht der Klasse der Kapitalisten vorstellen, die heute in den Händen der Oligarchie konzentriert ist.

Die Akkumulation, die auch als ein anderes Wort für Verarmung angesehen werden kann, verleiht den Kämpfen gegen den Kapitalismus ihre objektive Verankerung. In erster Linie findet die Akkumulation jedoch statt vermittelt des wachsenden Gegensatzes zwischen dem Überfluss der Gesellschaften des Zentrums, die von der imperialistischen Rente profitieren, und der Armut in den Ländern der unterworfenen Peripherien. Dieser Konflikt wird somit zum zentralen Thema der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“.

Historisch gesehen hat sich der „real existierende“ Kapitalismus entwickelt als Abfolge unterschiedlicher Formen der Akkumulation durch Enteignung, nicht nur anfänglich („ursprüngliche Akkumulation“), sondern in allen Phasen seiner Entwicklung. Einmal ins Dasein getreten, zog dieser „atlantische“ Kapitalismus aus, die Welt zu erobern und sie vermittelt permanenter Enteignung der eroberten Gegenden neu zu gestalten, die sodann zu den unterworfenen Peripherien des Systems wurden.

Es hat sich gezeigt, dass diese „siegreiche“ Globalisierung nicht in der Lage war, sich dauerhaft zu etablieren. Knapp ein halbes Jahrhundert nach ihrem Triumph, der schon damals das „Ende der Geschichte“ einzuläuten schien, wurde sie durch die Revolution in der russischen Semi-Peripherie und die (siegreichen) Befreiungskämpfe Asiens und Afrikas in Frage gestellt, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts prägen – die erste Woge im Befreiungskampf der Arbeiter und Völker.

Akkumulation durch Enteignung setzt sich vor unseren Augen im oligopolistischen Spätkapitalismus der Gegenwart fort. In den Zentren ist die Suche der Monopole nach Renten – von denen die oligopolistischen Plutokratien profitieren – gleichbedeutend mit der Enteignung der gesamten produktiven Basis der Gesellschaft. In den Peripherien wird dieser armutserzeugende Prozess illustriert durch die Enteignung der Landbevölkerung und die Plünderung der Bodenschätze der betroffenen Regionen. Beide Praktiken sind wesentliche Stützpfiler innerhalb der Strategie der Expansion des Spätkapitalismus der Oligopole.

In diesem Zusammenhang konstituiert meines Erachtens die „neue Agrarfrage“ die grundlegende Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Die Enteignung der Landbevölkerung (Asiens, Afrikas und Lateinamerikas) bildet momentan den wichtigsten Aspekt im Rahmen der Tendenz zu fortgesetzter Verarmung (in dem Sinne, den Marx diesem „Gesetz“ zuschrieb), die mit der Akkumulation in Verbindung steht. Ihre Durchsetzung ist nicht zu trennen von der Aneignung der imperialistischen Rente durch die Oligopole, mit oder ohne Biokraftstoffe. Hieraus schließe ich, dass der weitere Fortgang der Kämpfe um Grund und Boden und die Antworten, die sie auf die Frage nach der Zukunft ländlicher Gesellschaften des Südens (fast die Hälfte der Menschheit) bereithalten, maßgeblich dafür sein werden, ob es den Arbeitern und Völkern gelingen kann, auf dem Wege zur Einrichtung einer wahren und vom Kapital befreiten Zivilisation voranzuschreiten, für die ich keine andere Bezeichnung als das Wort „Sozialismus“ habe.

Die Plünderung der Bodenschätze des Südens zum alleinigen Nutzen der reichen Gesellschaften des Nordens, die sich aus der Fortsetzung dortiger verschwenderischer Konsumtionsmuster ergibt, zerstört jegliche Aussicht auf eine diese Bezeichnung verdienende Entwicklung der Völker des Südens. Somit entspricht diese Plünderung der Kehrseite der Medaille, was die Verarmung im Weltmaßstab angeht. Folglich ist die „Energiekrise“ nicht entstanden durch die Knappheit gewisser für die Industrie notwendiger Ressourcen (Öl insbesondere), noch ist sie das Ergebnis zerstörerischer Auswirkungen gegenwärtiger energieverwendender Formen der Produktion und Konsumtion. Diese – an sich korrekte – Beschreibung geht nicht über das unmittelbar einleuchtende Selbstverständliche hinaus. Diese Krise wurde durch das Verlangen der

Oligopole des kollektiven Imperialismus hervorgerufen, ihren monopolistischen Zugang zu den Naturressourcen des Planeten abzusichern, ganz gleich ob sie knapp sind oder nicht, um sich die imperialistische Rente anzueignen, ganz gleich, ob der Gebrauch dieser Ressourcen so abläuft wie derzeit (umwelterstörend und energieschluckend) oder ob ihr Gebrauch neuen, korrigierenden „ökologischen“ Richtlinien unterworfen wird. Von daher sage ich voraus, dass die Fortsetzung der expansiven Strategie des Spätkapitalismus der Oligopole wachsendem Widerstand auf Seiten der Nationen des Südens begegnen wird.

Von einer langen Krise zur anderen

Die aktuelle Krise ist weder eine Finanzkrise noch ein Ensemble multipler systemischer Krisen, sondern die Krise des imperialistischen Kapitalismus der Oligopole, dessen exklusive und überwältigende Macht Gefahr läuft, in Frage gestellt zu werden. – Und zwar einmal mehr durch die breiten Volksmassen und durch die Völker und Nationen der unterworfenen Peripherie, ob sie nun „aufstrebend“ sind oder nicht. Zugleich handelt es sich um eine Krise der US-Hegemonie. Der Kapitalismus der Oligopole, die politische Macht der Oligarchien, die barbarische Globalisierung, Finanzialisierung, die Hegemonie der USA, die zunehmend militaristische Durchführung der Globalisierung im Dienste der Oligopole, der Niedergang der Demokratie, die Plünderung der Bodenschätze des Planeten, die Abkehr von jeglicher Aussicht auf Entwicklung des Südens: all diese Punkte sind unauflöslich miteinander verbunden.

Die entscheidende Frage ist demnach: Können die Kämpfe dahingehend konvergieren, dass der Weg oder die Wege in Richtung auf eine Veränderung hin zum Weltsozialismus begehbar werden? Oder werden sie voneinander isoliert bleiben, vielleicht gar miteinander in Konflikt geraten, und somit ineffektiv werden und die Initiative dem Kapital der Oligopole überlassen?

Es lohnt, einmal zur ersten langen Krisenphase des Kapitalismus zurückzukehren. Sie prägte das 20. Jahrhundert, und die Parallele zwischen den Entwicklungsstadien zum Zeitpunkt beider Krisen ist wirklich frappierend.

Der Industriekapitalismus, der im 19. Jahrhundert triumphierte, trat von 1873 an in eine Krisenphase ein. Die Profitrate brach aus den von Marx aufgewiesenen Gründen zusammen. Das Kapital reagierte auf zweierlei Weisen: Mittels Konzentration und durch globale Expansion. Die neuen Monopole eigneten sich die Rente an, die auf jeglichen durch die Ausbeutung von Arbeitskraft geschaffenen Mehrwert erhoben wurde und beschleunigten die koloniale Eroberung des Planeten. Diese strukturellen Veränderungen versetzten sie in die Lage, neue Profite in astronomischer Höhe zu erzielen und sie eröffneten den Weg in die „Belle Epoque“ – von 1890 bis 1914 –, die für die weltweite Herrschaft des Kapitals finanziellierter Monopole steht. Die herrschenden Diskurse jener Zeit priesen die Kolonisation (die „zivilisatorische Mission“) und beschrieben die Globalisierung als identisch mit dem Frieden. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft stimmte in diesen Diskurs ein.

Und doch endete die „Belle Epoque“, die von den führenden Ideologen jener Ära als „das Ende der Geschichte“ ausgerufen wurde, mit einem Weltkrieg, wie allein Lenin es vorausgesehen hatte. Und die ganze Folgezeit, bis hin zu den Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs, sollte eine Zeit der „Kriege und Revolutionen“ bleiben. Im Jahr 1920 – nach der Isolierung der Russischen Revolution (des „schwachen Glieds“ des Systems) infolge der Niederschlagung aller Hoffnungen auf eine Revolution in Zentraleuropa –

stellte das Kapital der finanzialisierten Monopole die Ära der „Belle Epoque“ wieder her – allen Schwierigkeiten entgegen. Diese damals von Keynes angeprangerte Restauration war der Ausgangspunkt des finanziellen Zusammenbruchs von 1929 und der anschließenden Depression, die bis zum Zweiten Weltkrieg andauerte.

Das „lange 20. Jahrhundert“ – 1873 bis 1990 – erlebte somit sowohl die Entfaltung der ersten tiefgehenden Systemkrise eines alternden Kapitalismus (so ausgeprägt, dass Lenin dachte, diese Form des Monopolkapitalismus sei das „höchste Stadium des Kapitalismus“) als auch die erste triumphierende Woge antikapitalistischer Revolutionen (Russland, China) und den antikapitalistischen Kampf der Völker Asiens und Afrikas.

Die zweite Systemkrise des Kapitalismus begann 1971, als die Golddeckung des Dollar aufgegeben wurde, also fast genau ein Jahrhundert nach der ersten Krise. Die Profitrate, Investitions- und Wachstumsraten sanken sämtlich (und sollten nie wieder das Niveau der Zeit von 1945 bis 1975 erreichen). Das Kapital reagierte wie schon in der vorhergehenden Krise zweigleisig auf die Bedrohung: mittels Konzentration und Globalisierung. Auf diese Weise wurden jene Strukturen festgelegt, die die zweite „Belle Epoque“ – 1990 bis 2008 – definieren sollten: die Zeit der finanzialisierten Globalisierung, die die oligopolistischen Gruppen befähigte, ihre Monopolrente auch weiterhin abzuschöpfen. Es gab den gleichen begleitenden Diskurs: der „Markt“ garantierte Wohlstand, Demokratie und Frieden – es war das „Ende der Geschichte“. Und wie schon zuvor scharten sich die europäischen Sozialisten um den neuen Liberalismus. Gleichwohl war diese neue „Belle Epoque“ von Beginn an vom Krieg geprägt, den der Norden von 1990 an gegen den Süden führte. Und wie die erste finanzialisierte Globalisierung in die Ereignisse des Jahres 1929 mündete, so führte die zweite ins Jahr 2008. Wir stehen jetzt an einem Kreuzungspunkt, der die Möglichkeit einer neuen Welle von „Kriegen und Revolutionen“ erkennen lässt. Dies gilt um so mehr, als die gegenwärtigen Mächte nichts anderes im Blick haben, als die Rückführung des Systems in einen Zustand, wie er vor dem finanziellen Zusammenbruch gegeben war.

Der analoge Ablauf dieser beiden langen, systemischen Krisen des alternden Kapitalismus ist schlagend. Dennoch gibt es Unterschiede, deren politische Implikationen von Bedeutung sind.

Wird die zweite Woge der Befreiung der Völker eine Neuauflage des 20. Jahrhunderts herbeiführen oder einen Fortschritt?

Die Gegenwart wird von Oligopolen regiert. Da gibt es die Finanzoligarchien in den USA, Europa und Japan, die nicht nur das Wirtschaftsleben bestimmen, sondern ebenso die Politik und den Alltag. Da gibt es die russischen Oligarchien, die sie imitieren und die der russische Staat unter Kontrolle bringen will. Da ist die Staatokratie in China. Und dann sind da noch die Autokratien (bisweilen verborgen hinter der Fassade einer „Sparflammen-Demokratie“), die zum Weltsystem dieses Planeten dazugehören.

Die Art und Weise, wie die Globalisierung betrieben wird, befindet sich jetzt in der Krise.

Die Oligarchien des Nordens rechnen damit, nach der Krisenphase an der Macht zu bleiben. Sie sehen sich nicht bedroht. Andererseits ist die Zerbrechlichkeit der Macht der südlichen Autokratien ganz offenkundig. Folglich ist die Globalisierung derzeit gefährdet. Wird sie durch die Revolte im Süden in Frage gestellt werden, so wie es im vorigen Jahrhundert geschah? Möglicherweise, aber das ist nicht ausreichend. Denn soll die Menschheit den Weg zum Sozialismus beschreiten, die einzige Alternative der

Menschheit zum Chaos, so wird man sich dieser Oligarchien, ihrer Verbündeten und Diener, entledigen müssen, sowohl im Norden wie im Süden.

Der Kapitalismus ist von Natur aus „liberal“. Jedenfalls dann, wenn man unter „Liberalismus“ nicht die schöne Verheißung des Wortes versteht, sondern die absolute Vorherrschaft des Kapitals, nicht nur über Arbeit und Wirtschaft, sondern über alle Aspekte gesellschaftlichen Lebens. Es gibt keine „Marktwirtschaft“ (das geläufige Wort für Kapitalismus) ohne eine „Marktgesellschaft“. Das Kapitel verfolgt unbarmherzig sein einziges Ziel: Geld zu machen. Akkumulation um ihrer selbst willen. Marx wie auch anderen kritischen Denker nach ihm, wie Keynes, ist dies vollkommen klar gewesen. Nicht hingegen unseren traditionellen Wirtschaftswissenschaftlern, auch nicht denen der Linken.

Diese ausschließliche und vollständige Herrschaft des Kapitals wurde von den führenden Klassen während der langwährenden letzten Krise bis 1945 unerbittlich durchgesetzt. Allein der dreifache Sieg von Demokratie, Sozialismus und den nationalen Befreiungsbewegungen der Völker machte es möglich, dem kapitalistischen Ideal im Zeitraum von 1945 bis 1980 etwas entgegenzusetzen: Die konfliktgeladene Koexistenz dreier regulierter Sozialmodelle. Hierbei handelt es sich um den Wohlfahrtsstaat der westlichen Sozialdemokratie, die real existierenden Sozialismen im Osten und die volkstümlichen Nationalismen des Südens. Nachdem diese drei Modelle an Schwungkraft verloren und dann zusammenbrachen, wurde eine Rückkehr zur absoluten Herrschaft des Kapitals möglich, die sodann „Neoliberalismus“ genannt wurde.

Das vom Liberalismus entfesselte soziale Fiasko – „die permanente Utopie des Kapitals“, wie ich sie genannt habe – nährte eine starke Sehnsucht nach der jüngeren und weiter zurückliegenden Vergangenheit. Aber diese Nostalgie machte es nicht leichter, den Herausforderungen mit einer angemessenen Antwort zu begegnen. Denn sie ging aus dem Niedergang des Vermögens zu kritischer theoretischer Durchdringung der Gegenwart hervor. Wodurch es unmöglich wurde, zu einem fundierten Verständnis der inneren Widersprüche und Grenzen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu gelangen, deren Verwitterungs- und Verfallserscheinungen sowie Zusammenbrüche wie jäh hervorbrechende Katastrophen erscheinen mussten.

Dessen ungeachtet konnte sich in dem vom Niedergang der kritischen Denktradition hinterlassenen Vakuum ein neues Bewusstsein von der systemischen Zivilisationskrise entwickeln. Ich spreche hier von den Ökologen. Aber die Grünen, die den Anspruch erheben, sich radikal von den Blauen (den Konservativen und Liberalen) und den Roten (den Sozialisten) zu unterscheiden, sind in einer Sackgasse gefangen, da sie die ökologische Dimension nicht in eine radikale Kritik des Kapitalismus integriert haben.

Damit lief alles darauf hinaus, den Triumph der Alternative der sogenannten „liberalen Demokratie“ sicherzustellen, der tatsächlich nur ein vorübergehender war, von dem man aber annahm, er sei endgültig. Es handelt sich hier um eine erbärmliche Art zu denken – ein echtes Nichtdenken –, das von Marx' entscheidenden Bemerkungen über die bourgeoise Demokratie keine Notiz nimmt, wonach die Entscheidungsträger nicht zugleich auch die von den Entscheidungen Betroffenen sind. Die Entscheidungsträger, die sich vermittels ihrer Kontrolle des Besitzes eines gesteigerten Maßes an Freiheit erfreuen, sind heute die Plutokraten des Kapitalismus der Oligopole und die Staaten, die ihre Schuldner sind. Offensichtlich können die betroffenen Arbeiter und Völker kaum anders, denn als Opfer bezeichnet werden. Aber derlei Illusionen konnten wegen der besonderen Tendenzen des Nachkriegssystems zumindest vorübergehend glaubhaft scheinen; wobei die Dogmatiker es sich versagten, ihre Ursprünge zu verstehen. Die

liberale Demokratie konnte so den Anschein erwecken, „das beste aller möglichen Systeme“ zu sein.

Die heute maßgeblichen Mächte, die selber rein gar nichts vorhergesehen hatten, tun ihr Möglichstes, um dasselbe System wiederherzustellen. Ihr letzlicher Erfolg – wie schon derjenige der Konservativen der 1920er Jahre, die von Keynes damals ohne jedwedes Echo angeprangert wurden – würde nur zur Verschärfung all jener Bedingungen führen, die die Ursache der Finanzkrise 2008 sind.

Das jüngste Treffen der G20 (in London im April 2009) leitet keineswegs einen „Neuaufbau der Welt“ in die Wege. Und vielleicht geschah es nicht rein zufällig, dass auf den G20 das Treffen der NATO folgte, des militarisierten Zweigs des gegenwärtigen Imperialismus, und eine Verstärkung ihrer militärischen Präsenz in Afghanistan. Der permanente Krieg des „Nordens“ gegen den „Süden“ muss fortgeführt werden.

Wir sahen bereits, dass die Regierungen der Triade – die USA, Europa und Japan – das alleinige Ziel einer Restauration des Systems in den Zustand vor dem September 2008 verfolgen. Noch interessanter ist hier der Umstand, dass die Führer der eingeladenen „Schwellenländer“ nicht ihre Stimme erhoben. In diesem Riesenzirkus wurde nur ein einziger intelligenter Satz geäußert, und zwar von Chinas Präsident Hu Jintao, der „beiläufig“, ohne darauf zu bestehen und mit einem (höhnischen?) Lächeln, bemerkte, man müsse letztlich dahin gelangen, die Schaffung eines Weltfinanzsystems ins Auge zu fassen, dessen Leitwährung nicht mehr der Dollar wäre. Nur einige wenige Beobachter zogen sofort – und richtigerweise – Parallelen zu den Vorschlägen Keynes' im Jahr 1945.

Diese „Bemerkung“ führt uns die Wirklichkeit vor Augen: dass nämlich die Systemkrise des Oligopolkapitalismus untrennbar an die Hegemonie der USA geknüpft ist, der langsam der Brennstoff ausgeht. Aber was wird an ihre Stelle treten? Sicherlich nicht „Europa“, dem kein vom Atlantizismus trennbares unabhängiges Dasein zukommt und das keine Ambitionen nach Unabhängigkeit zeigt, wie einmal mehr aus dem Treffen der NATO-Staaten hervorging. China? Diese „Bedrohung“, die die Medien fortwährend heraufbeschwören (eine neue „gelbe Gefahr“), entbehrt jeglicher Grundlage. Den chinesischen Machthabern ist bewusst, dass ihr Land nicht über die hierzu notwendigen Mittel verfügt und sie streben auch nicht danach. Chinas Strategie beschränkt sich darauf, auf eine neue Globalisierung ohne Hegemonialmächte hinzuwirken. Dies scheint den USA wie Europa inakzeptabel.

Folglich liegen die Chancen für eine Entwicklung in diese Richtung ganz bei den Ländern des Südens.

Eine neue Internationale der Arbeiter und Völker ist erforderlich und möglich.

Der historische Kapitalismus ist alles nur Erdenkliche, aber ganz gewiss nicht zukunftsfähig. Er ist nur ein kurzes geschichtliches Zwischenspiel. Seine grundsätzliche Hinterfragung (deren „Möglichkeit“ oder „Wünschbarkeit“ außerhalb der Vorstellungskraft unserer zeitgenössischen Denker liegt) ist ein unverzichtbares Erfordernis, wenn die Emanzipation der unterworfenen Arbeiter und Völker (diejenigen der Peripherie, die 80 % der Menschheit ausmachen) gelingen soll. Und die beiden Dimensionen seiner Hinterfragung sind unauflöslich miteinander verbunden. Dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten ist so lange und in dem Ausmaß unmöglich, in dem diese beiden Dimensionen seiner Infragestellung nicht zusammengeführt werden. Es gibt keine „Gewissheit“ dafür, dass dies geschehen wird. In diesem Falle würde der

Kapitalismus von der Zerstörung der Kultur (über das Unbehagen in der Kultur hinausgehend, um Freuds Ausdruck zu gebrauchen) eingeholt und vielleicht sogar von der Zerstörung jeglichen Lebens auf dieser Erde. Das Szenario einer möglichen „Neuaufgabe“ des 20. Jahrhunderts bleibt somit bestehen. Aber dies bliebe weit zurück hinter der Aufgabe der Menschheit, sich im langen Umwandlungsprozess hin zum Weltsozialismus zu engagieren. Das Fiasko des Liberalismus erfordert die Erneuerung einer radikalen Kritik des Kapitalismus. Fraglich dabei ist, wie es gelingen kann, die Internationale der mit dem Kosmopolitismus des oligarchischen Kapitals konfrontierten Arbeiter und Völker aufzubauen oder zu rekonstruieren.

Die Gestaltung dieser Internationale kann nur über den Erfolg neuer revolutionärer Ansätze (wie die in Lateinamerika und Nepal initiierten) in Angriff genommen werden, die die Aussicht auf eine Überwindung des Kapitalismus eröffnen.

In den Ländern des Südens kann der Kampf der Staaten und Nationen für eine ausgehandelte Globalisierung ohne Hegemonialmächte – die gegenwärtige Form des Sich-Ausklügens –, die durch die Bündelung der Ansprüche breiter Bevölkerungsschichten gestützt wird, die Macht der Oligopole der imperialistischen Triade einschränken und begrenzen. Die demokratischen Kräfte in den Ländern des Nordens müssen diesen Kampf unterstützen. Der von der gegenwärtigen Linken vorgeschlagene und getragene „demokratische“ Diskurs ebenso wie die in seinem Namen durchgeführten „humanitären“ Interventionen und erbärmlichen „Hilfsleistungen“ lenken von der wirklichen Auseinandersetzung mit der gegebenen Herausforderung ab.

In den Ländern des Nordens sind die Oligopole schon jetzt klares „Gemeineigentum“. Und die Art und Weise, wie sie geführt werden, darf nicht allein privaten Interessen unterstehen (die Krise demonstrierte die katastrophalen Folgen davon). Eine authentische Linke muss den Mut aufbringen, ihre Verstaatlichung ins Auge zu fassen. Dies ist ein erster wesentlicher Schritt hin zu ihrer Vergesellschaftung auf dem Wege steter Vertiefung demokratischer Praxis. Die aktuelle Krise macht den Entwurf einer möglichen Bündelung sozialer und politischer Kräfte denkbar, die alle Opfer der exklusiven Macht der herrschenden Oligarchien zusammenführt.

Die erste Welle des Kampfes für den Sozialismus, diejenige des 20. Jahrhunderts, wies die Grenzen der europäischen Sozialdemokratie auf, des Kommunismus der Dritten Internationale und der volkstümelnden Nationalismen der Bandung-Ära: Sie verloren an Schwungkraft und endeten mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Ambitionen. Die zweite Welle, diejenige des 21. Jahrhunderts, hat daraus ihre Lehren zu ziehen. Insbesondere hat sie die Vergesellschaftung des Wirtschaftsmanagements mit der Vertiefung von Demokratie in der Gesellschaft zu verbinden. Kein Sozialismus ohne Demokratie, aber zugleich auch kein demokratischer Fortschritt ohne eine sozialistische Perspektive.

Diese strategischen Vorgaben lassen es notwendig scheinen, hinsichtlich der Organisationsformen und Kämpfe der unterworfenen und ausgebeuteten Klassen über die Errichtung von „Konvergenzen in der Vielfalt“ nachzudenken (um einen Ausdruck des World Forum for Alternatives aufzugreifen). Und mir ist hier nicht daran gelegen, solche Organisationsformen im Voraus zu verurteilen oder unberücksichtigt zu lassen, die an die Traditionen der Sozialdemokratie, des Kommunismus und volkstümlicher Nationalismen anknüpfen.

Mir scheint die Notwendigkeit gegeben, über eine Erneuerung des schöpferischen Marxismus nachzudenken. Noch nie ist Marx für das Verständnis und die Veränderung

der Welt so nützlich und notwendig gewesen wie heute, vielleicht mehr noch als in der Vergangenheit. In diesem Sinne Marxist zu sein, bedeutet, ihn hinter sich zu lassen und nicht bei ihm oder einem Lenin oder einem Mao stehenzubleiben, wie es sich die historischen Marxismen des vergangenen Jahrhunderts vorgestellt und praktiziert haben. Man lasse Marx, was Marx gebührt: Mit überragender Intelligenz eine kritische Vernunft ins Werk gesetzt zu haben, eine Kritik der kapitalistischen Wirklichkeit und ihrer politischen, ideologischen und kulturellen Repräsentanten. Der schöpferische Marxismus muss unverzüglich das Ziel verfolgen, dieses kritische Denken par excellence weiter anzureichern. Er darf nicht davor zurückschrecken, Beiträge aus allen Bereichen kritischer Reflexion zu integrieren. Darunter auch solche Beiträge die von den Dogmatikern des vergangenen historischen Marxismus fälschlicherweise als „fremdartig“ angesehen wurden.

Schlussbetrachtung: Das Unvermögen der Vulgärökonomie

In Zeiten der „Krise“ wie der gegenwärtigen tritt das Unvermögen der Vulgärökonomie nur zu deutlich hervor.

In diesem Sinne fragte die Zeitung *Le Monde* schadenfroh: „Wie kann es sein, dass die Gelehrten von Harvard diese Krise nicht vorhergesehen haben...?“ Sind es letzten Endes doch nur Dummköpfe? Sicherlich nicht. Aber ihre Intelligenz ist vollständig auf die einzigen innerhalb der Vulgärökonomie akzeptierten Pfade ausgerichtet und auf die falsche Theorie eines „imaginären Kapitalismus der generalisierten Märkte“. Ganz ähnlich waren herausragende Köpfe eines vergangenen Zeitalters der Meinung, die Debatte um das Geschlecht der Engel könne als Beitrag zu einem besseren Verständnis der Welt aufgefasst werden!

Indem die Vulgärökonomie sich auf die Analyse von Märkten konzentriert, die nach Maßgabe „unvollständiger Informationen“ funktionieren, ist sie gezwungen, die Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit durch ein endloses Spiel mit Hypothesen (wofür Mathematik unabdingbar ist) über „Vorausannahmen“ zu ersetzen. Diese Hypothesen ermöglichen es, alles und nichts vorauszusehen, was dem feinsinnigen und realistischen Verstand eines Keynes nicht verborgen geblieben war.

Worin bestehen diese „Vorausannahmen“? Sie sind nichts weiter als eine Abfolge von Tricks. Die Vorausannahmen derjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen? Diese unglückseligen Arbeiter wissen, dass sie kaum eine Wahl haben. Ihnen ist auch bewusst, dass sie die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen, ohne eine Organisationsform und ohne Klassenkampf nicht verbessern können. Die Vorausannahmen der Konsumenten, die wählen (ihren „Supermarkt“?) und die „die Wahl“ haben, wenn sie sich für eine Finanzinvestition entscheiden, die sie vielleicht tätigen können? Diese bedauernswerten Menschen sind genötigt, sich den Rat ihrer Bankiers einzuholen, die hier die wahren Entscheidungsträger sind. Die Vorausannahmen der Unternehmer, die entscheiden, ob sie investieren sollen oder nicht? Die Geschichte hat gezeigt, und Marx und Keynes hatten dies begriffen, dass Überinvestitionszyklen zur Kapitalentwertung führen. Die Vorausannahmen der Kapitaleigner, die zwischen einer riskanten Investition und einer Präferenz für Liquidität wählen? Finanzblasen hat es mehrfach gegeben. Die wiederum von Marx gelieferte tiefeschürfende Analyse ihrer Gründe und Funktionsmechanismen wird zusammen mit seiner Aufdeckung hochgradiger geistiger Zerrüttung der Vulgärökonomien („geldheekendes Geld“, G ergibt G' ohne Durchlauf durch den Produktionsprozess) auf immer außerhalb des Reflexionsvermögens unserer konventionellen Ökonomen verbleiben. Die Vorausannahmen der Spekulanten an

der Börse? Wir wissen, dass der beste Platz der ist, den die Schafe einnehmen, die sich dem allgemeinen Trott anschließen und dass dies die Schwankungen notwendigerweise verstärkt.

Das Scheitern im Meer der Vorausannahmen ist eine unvermeidliche Folge dessen, dass die Gesellschaft auf eine Ansammlung von Individuen reduziert wird und davon, dass willentlich von grundlegenden Gegebenheiten abgesehen wird, die den realen Kapitalismus definieren (Klassen, Privateigentum, Staat, Nationen usw.). Es handelt sich hierbei nur um einen ideologischen Ausdruck, im negativen Wortsinne, der ganz und gar darauf abzielt, den realen Praktiken des Kapitals Legitimität zu verleihen. Die Vulgärökonomien, die für ihre Arbeit Wissenschaftlichkeit beanspruchen, sind sich noch nicht einmal dessen bewusst, was sie da tun. Sie verstehen nicht, dass ihren Gedankengängen eine radikale Kritik unterliegen muss, wenn sie ihre Arbeit wissenschaftlich durchführen wollen, um zum Verständnis der objektiven Realität zu gelangen.

Die konventionellen Ökonomen sind keine kritischen Denker. Sie sind höchstens „Technokraten“. Mir gefällt das im Englischen für sie gängige Wort: „executive“. Sie sind ausführende Agenten, einmal im Dienste des Kapitals, ein andermal im Dienste der Oligopole.

Das ist auch der Grund, weshalb die „Kritik“, die sie am System ausüben mögen, stets marginal ausfällt und warum ihre Reformvorschläge, die sie für „realistisch“ halten, in Wahrheit von Grund auf unrealistisch sind. Und wenn sie die Wirklichkeit – aus welchem moralischen Grunde auch immer – einmal erschreckt („zu viel Armut“, d.h. „zu viel Ungleichheit“), so folgt stets unausweichlich das Abgleiten in fromme Wünsche und Predigten, die als Politikersatz herhalten müssen.

Der Bestseller eines Nobelpreisgewinners für Wirtschaft (er ist für Vulgärökonomien reserviert) ist deswegen bestenfalls eine sehr durchschnittliche Arbeit. Wofür Joseph Stiglitz' Buch mit dem pompösen Titel „Another World“ ein gutes Beispiel ist.

2002 „entdeckt“ Stiglitz, dass der Washington Consensus nicht gut war; er entdeckt die hinter dem Gebaren von IMF, WTO usw. stehende Wirklichkeit. Mehr als die Hälfte seiner 550-seitigen schwülstigen Arbeit handelt von „Enthüllungen“, die anderen schon seit 30 oder 40 Jahren bekannt sind! Da er niemals die Arbeiten kritischer Denker gelesen hat (und dies vermutlich auch niemals tun wird), wähnt er, diese „Enthüllungen“ als erster vorgebracht zu haben. Dahinter steht noch nicht einmal Arroganz, sondern schlichtweg Ignoranz. Ein lustiges Beispiel: Stiglitz „entdeckt“, dass einige Oligopole 1990 eine Preisabsprache getroffen haben. Wahnsinn! Und was ist sein Vorschlag zur Wiederherstellung des „Wettbewerbs“? Kartellgesetzgebungen und die Anrufung von Strafgerichten, ganz in US-Manier!

Die Finanzialisierung klammert Stiglitz in seinem Buch fast vollständig aus, und er hält sie für ungefährlich, sogar nützlich. Die bemerkenswerten Arbeiten des leider verstorbenen Giovanni Arrighi zur Finanzialisierung als dem letzten Stadium der untergehenden Hegemonien wird offenkundig vollständig ignoriert. Offensichtlich ist Stiglitz vom Finanzkollaps des Jahres 2008 überrascht worden. Denn es findet sich bei ihm keine einzige Zeile, die von der Bedrohlichkeit der kommenden Ereignisse künden würde. Dabei waren andere (darunter ich selbst) in ihren etwa gleichzeitigen Analysen zu dem Ergebnis gelangt, dass das globalisierte liberalistische System von Natur aus instabil ist, dazu verurteilt, in einer Finanzkrise zusammenzubrechen (die Achillessehne

des Systems, wie ich sie genannt habe). All dies ist von Stiglitz ganz offensichtlich ignoriert worden.

Wenn er sich als jemand präsentiert, der „der Welt die Defekte des Systems enthüllt“, so ist das einfach lächerlich.

Von daher überrascht es kaum, dass das, was ich den „Stiglitz-Report“ genannt habe, den Rahmen reaktionärer, herkömmlicher Orthodoxie nicht verlässt. Bei diesem Report handelt es sich um den Abschlussbericht der vom damaligen Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen – des katholischen Priesters Miguel d'Escoto Brockmann – eingesetzten Kommission. Ihr Vorsitz war bedauerlicherweise Stiglitz anvertraut worden, der wahrscheinlich bei der Schlussredaktion des Dokuments seine oberflächliche und beschränkte Sicht der Problemlage durchsetzen konnte. Das sich daran anschließende „Scheitern“, der Umstand, dass sich die südlichen Länder dazu entschlossen, sich auf der Generalversammlung nicht in angemessenem Rahmen vertreten zu lassen, war für mich tatsächlich ein gutes Zeichen. Es war ein Beleg dafür, dass die südlichen Länder eingesehen hatten, dass dieser Bericht – der vorschützte, einen „globalen Konsens“ zu repräsentieren und „realistisch“ zu sein – im Einklang stand mit der Strategie des Nordens, „auf die Krise zu reagieren“ und dass die Vorschläge ihrem Charakter nach für die Oligopole „akzeptierbar“ sein würden. Die Welt verändern? Dass ich nicht lache!

5) Die Militarisierung der Globalisierung, Entwicklungs-„Hilfe“, die Postmoderne

Um sich auch weiterhin ihre Monopolrente zu sichern, können sich die Oligopole nicht mit der Geldabschöpfung aus den „nationalen Volkswirtschaften“ begnügen. Ihre globalisierte Dimension gestattet es ihnen, zusätzliche Mittel aus den Volkswirtschaften der unterworfenen, aufstrebenden und marginalisierten Peripherien abzuführen. Die Plünderung des gesamten Planeten und die Surplus-Ausbeutung der Arbeiter gibt die Basis für die imperialistische Rente ab. Diese wiederum garantiert die Bedingungen für den sozialen Konsens, wie er in den Überfluggesellschaften des Nordens möglich wird.

Die Diskurse über Demokratie und Ökologie werden vorgeschoben, um dahinter die wahren Zielsetzungen zu verbergen.

Wie seit dem Erscheinen von Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ (so der Untertitel von Marx' „Kapital“) klar sein sollte, ist die Vulgärökonomie der Grundpfeiler kapitalistischer Ideologie. Weil sich die Vulgärökonomie auf etwas bezieht, was keine Entsprechung in der Wirklichkeit hat (generalisierte Märkte), verdient sie es nicht, als Wissenschaft angesehen zu werden, was sie jedoch beansprucht. Ihre wahre gesellschaftliche Funktion entspricht derjenigen der Hexerei vergangener Zeitalter. Wie diese, nimmt sie zu einer für die Bürger unverständlichen Sprache Zuflucht, in der Absicht, ihre Entscheidungsgewalt dadurch zu beseitigen, dass sie sie mit „Wahrheiten“ bombardiert, die „objektiv“ sein sollen. Im Gegensatz dazu ist authentisches soziologisches Gedankengut stets nachvollziehbar, wie es selbst in den schwierigsten Schriften von Marx der Fall ist: Aus ihnen lernen die Menschen etwas.

Niederschlagung der von den Imperialisten ausgeübten militärischen Kontrolle des Planeten

Das dringlichste Problem, vor dem die Menschen stehen, ist die Militarisierung der Globalisierung. Tatsächlich ist die militärische Kontrolle des Planeten durch die USA und ihre Gefolgsleute (die NATO und Japan) in letzter Instanz zur einzig gangbaren Weise geworden, wie die imperialistische Rente noch abgeschöpft werden kann, ohne die das System nicht überleben kann. Das Empire des Chaos, wie ich es seit 1991 zu nennen pflege, und der andauernde Krieg gegen die Völker des Südens sind ein und dieselbe Sache. Aus diesem Grund muss das vordringliche Zielvorhaben progressiver und demokratischer Kräfte in Nord und Süd darin bestehen, die Streitkräfte der Triade zu besiegen und die USA zu zwingen, ihre über alle Kontinente verbreiteten Militärbasen aufzugeben und die NATO aufzulösen.

Wahrscheinlich ist dies auch das Ziel der „Shanghai-Gruppe“, die den Geist der „Bündnislosigkeit“ in Gestalt einer „Bündnisfreiheit von imperialistischer Globalisierung und vom politischen und militärischen Projekt der Triade“ erneuert hat.

Ich glaube, dass hier eine Parallele zum Geist von Bandung besteht. Bereits vor der gleichnamigen Konferenz (1955) und der „Bündnislosigkeit“ (1960), sahen sich Gruppen radikaler Denker aufgerufen, den Menschen in Asien und Afrika denkbare und effektive Gegenstrategien zur Zurückdrängung des Imperialismus jener Epoche vorzuschlagen. Der Verfasser dieses Beitrags hatte die Ehre und die Freude, von 1950 an Mitglied einer dieser Arbeitsgruppen für den Nahen Osten zu sein. Die Notwendigkeit für ähnliche Aktivitäten ist auch heute gegeben.

„Hilfsmaßnahmen“ – ein ergänzendes Mittel zu Kontrolle ausgelieferter Länder

Hier kommt auch den für das Überleben der am wenigsten entwickelten Länder (UN-Terminologie für viele afrikanische und einige andere Länder) als unerlässlich dargestellten „internationalen Hilfsmaßnahmen“ ihre Rolle zu. In Wahrheit zielen sie nämlich darauf ab, den Ländern der Peripherie zusätzliche Hindernisse in den Weg zu legen, um ihre Teilnahme an einer alternativen Gegenbewegung des Südens zu unterbinden.

Die die Hilfsmaßnahmen betreffenden Konzepte sind in einer Zwangsjacke gefangen. Ihre Grundprinzipien wurden mit der von der OECD aufgesetzten Paris-Deklaration über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005) festgelegt, die sodann den Nehmerländern auferlegt wurde. Ihre Rahmenbedingungen, die Ausrichtung nach den Grundsätzen liberaler Globalisierung, sind allgegenwärtig. Bisweilen ganz ausdrücklich: Förderung der Liberalisierung, Öffnung der Märkte, an „Attraktivität“ gewinnen für private Investitionen aus dem Ausland. Bisweilen indirekt: Den Regeln der WTO ist Folge zu leisten. Ein Land, das sich weigert, dieser einseitig vom Norden (der Triade) formulierten Strategie beizupflichten, kommt für Hilfeleistungen nicht mehr in Frage. Verglichen mit den Praktiken der „Jahrzehnte der Entwicklungshilfe“ der 1960er und 1970er Jahre ist die Paris-Deklaration somit ein Rückwärtsschritt – und kein Fortschritt. Damals wurde den Ländern des Südens das Recht zugestanden, in Fragen ihrer politischen Zugehörigkeit, Wirtschafts- und Sozialpolitik selbst zu entscheiden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die Entwicklungshilfepolitik und ihre offensichtlichen und unmittelbaren Ziele untrennbar von den geopolitischen Vorgaben des Imperialismus. Denn innerhalb des globalisierten liberalen Systems kommen den verschiedenen Weltregionen unterschiedliche Funktionen zu. Es ist nicht ausreichend, auf ihren gemeinsamen Nenner zu verweisen (Liberalisierung des Handels, Öffnung für die Finanzmärkte, Privatisierung).

Das subsaharische Afrika ist in dieses globale System sehr gut integriert und keineswegs „marginalisiert“, wie es – all zu oft ohne Nachdenken – immer heißt. Sein Außenhandel macht 45 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts aus, verglichen mit 30 Prozent im Falle Asiens und Lateinamerikas und 15 Prozent im Falle der die Triade bildenden Regionen. Quantitativ ist Afrika somit „besser“ und nicht „weniger“ integriert, aber auf andere Weise.

Die Geoökonomie der Region gründet auf zwei Produktionssystemen, die ihre Strukturen bestimmen und ihre Stellung im globalen System definieren: 1) der Export „tropischer“ Agrarprodukte wie Kaffee, Kakao, Baumwolle, Erdnüsse, Früchte, Palmöl usw. und 2) Kohlenwasserstoffe und Mineralien: Kupfer, Gold, seltene Metalle, Diamanten usw. Erstere sind die zum „Überleben“ notwendigen Mittel (abgesehen von der Nahrung für den Eigenverbrauch durch die Bauern), die die Aufpropfung des Staates auf die lokale Wirtschaft und – über öffentliche Ausgaben – die Reproduktion der „Mittelschichten“ finanzieren. Nutznießer dieser Art und Weise des Wirtschaftens sind eher die vor Ort regierenden Schichten als die herrschenden Volkswirtschaften, die allerdings ein riesiges Interesse an den Bodenschätzen des Kontinents haben. Heute geht es um Kohlenwasserstoffe und seltene Mineralien. Morgen wird es um die Gebiete zur Gewinnung von Agrartreibstoffen gehen, die Sonne (wenn in ein paar Jahrzehnten Solarstrom über große Distanzen transportiert werden kann), um Wasser (wenn sein direkter oder indirekter „Export“ dies ermöglicht).

Der Wettlauf um ländliche Anbaugelände, die zur Herstellung von Agrartreibstoffen erschlossen werden sollen, hat in Südamerika bereits begonnen. In diesem Bereich hat Afrika riesige Potentiale. Madagaskar hat sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt und bereits weite Landstriche im Westen des Landes zur Verfügung gestellt. Die Einführung des aus einer Kooperation der einstigen Kolonialmacht Belgien mit der FAO hervorgegangenen Congolese Rural Code (Kongolesisches Landwirtschaftsdekret) im Jahr 2008 wird es dem Agrobusiness zweifelsohne erlauben, sich in erheblichem Ausmaß landwirtschaftlich nutzbarer Flächen zu bemächtigen, um sie „in Wert zu setzen“. Ganz nach dem Vorbild des Bergbaukodex, der unlängst die Plünderung der mineralischen Rohstoffe der ehemaligen Kolonie zugelassen hatte. Die „nutzlosen“ Bauern werden dafür zu zahlen haben. Und vielleicht wird das ihnen bevorstehende Elend zum Gegenstand künftiger humanitärer Einsätze sowie von „Hilfs“-Programmen zur Verminderung von Armut! In den 1970ern erfuhr ich von einer alten kolonialen Traumvorstellung für die Sahelzone, die darin bestand, die Bevölkerung (nutzlose Sahelbewohner) zu vertreiben, um dort in Texas-Manier für den Export bestimmte Massentierhaltungen einzurichten.

Die sich abzeichnende neue geschichtliche Phase ist gekennzeichnet durch sich verschärfende Konflikte um den Zugang zu den natürlichen Ressourcen des Planeten. Die Triade möchte sich den exklusiven Zugang zu diesem „nützlichen“ Afrika sichern (das Afrika der Rohstoffvorkommen) und den „Schwellenländern“ diesen Zugang verwehren, deren diesbezügliche Bedürfnisse schon jetzt ausgeprägt sind und noch wachsen dürften. Die Sicherstellung eines exklusiven Zugangs geht einher mit der politischen Kontrolle und bedeutet die Degradierung der afrikanischen Ländern auf den Status von „Klientelstaaten“.

Von daher ist es nicht falsch, in der „Korrumpierung“ der regierenden Eliten das Ziel von Hilfsmaßnahmen zu erkennen. Abgesehen von der Ausstattung mit Finanzmitteln (ein glücklicherweise zur Genüge bekannter Vorgang, bei dem man uns glauben machen will, dass die Geber in keiner Weise verantwortlich sind), sind Hilfsmaßnahmen insoweit

unerlässlich geworden, als sie eine wichtige Quelle zur Budgetfinanzierung darstellen und ihnen eine politische Funktion zukommt. Vor diesem Hintergrund ist es dann notwendig, eine permanente Fortdauer der Hilfe zu konzipieren und nicht etwa ihre Aufhebung durch ernsthafte Entwicklungsanstrengungen ins Auge zu fassen. Von daher darf sie nicht einzig und allein den herrschenden Schichten, der „Regierung“ zugutekommen. Sie muss auch der „Opposition“ zugestanden werden, die als Nachfolger in Frage kommt. Hier kommt der sogenannte Zivilgesellschaft und den Nichtregierungsorganisationen (NROs) eine Schlüsselfunktion zu. Sollen die fraglichen Hilfsmaßnahmen tatsächlich politisch wirksam werden, so müssen sie dazu beitragen, den Eintritt der Bauern in das globale System zu fördern, wobei dieser Eintritt dem Staat eine weitere Einkommensquelle beschert. Außerdem muss die Hilfe mit der „Modernisierung“ exportbestimmter Nutzpflanzen einhergehen.

Aus dem rechten Lager kommende Kritik an den Hilfsmaßnahmen gründet auf der Idee, dass es Sache der betroffenen Länder sei, aktiv zu werden, um sich selbst aus dieser Abhängigkeit zu befreien, indem sie sich fremdem Kapital weiter öffnen. Dies war der wesentliche Inhalt von Sarkozys Rede in Dakar und derjenigen Obamas in Accra. Der verbale Aufruf umgeht jedoch das wirkliche Problem. Als integrierender Bestandteil der imperialistischen Strategie zielt die Entwicklungshilfe nämlich tatsächlich darauf ab, die nutzlosen und lästigen Völker Afrikas zu marginalisieren, um die afrikanischen Rohstoffe auf diese Weise besser plündern zu können.

Die Kritik der „Gutmenschen“-Linken, die mit derjenigen vieler NROs übereinstimmt, tut gerade so, als könne man die „Geber“ beim von ihnen verkündeten Worte nehmen. Sie beschränkt sich auf ein sinnloses Gerede über die durch die „Zivilgesellschaft“ beförderte „Aufnahmefähigkeit“, „Leistungsfähigkeit“ und „gute Regierungsführung“. Sie ruft nach „mehr“ und „besserer“ Entwicklungshilfe!! Radikale Kritik hingegen setzt sich für eine eigenständige Entwicklung ein. Die in diesem Rahmen denkbare Hilfe würde dem Geist der internationalen Solidarität der Völker entspringen und gegen den Kosmopolitismus des Kapitalismus gerichtet sein.

Armut, Zivilgesellschaft, gute Regierungsführung: die schwächelnde Rhetorik der herrschenden Diskurse

Dieser Diskurs gibt vor, sich „die Verminderung, d.h. die Ausmerzung der Armut“ zum Ziel gesetzt zu haben, indem er die „Zivilgesellschaft“ unterstützt, um die „gute Regierungsführung“ an die Stelle einer anderen, für „schlecht“ befundenen, zu setzen.

Schon der Begriff „Armut“ selbst entstammt einer Sprache, die so alt ist wie die Geschichte selbst, nämlich der Sprache der Wohltätigkeit (religiösen oder anderen Ursprungs). Diese Sprache gehört der Vergangenheit an, nicht der Gegenwart, und noch weniger der Zukunft. Sie geht der von der modernen Sozialwissenschaft geprägten Sprache zeitlich voran, die nach Wissenschaftlichkeit strebt, danach, die Mechanismen aufzudecken, die zu einem beobachtbaren und beobachteten Phänomen führen.

Das überwältigende Gros der mit dem Thema „Armut“ befassten Literatur ist (fast) vollständig darauf ausgerichtet, das Problem zu „lokalisieren“ und zu quantifizieren. Fragen wie die folgenden werden nicht aufgeworfen: „Welches sind die Mechanismen, die die hier zur Debatte stehende Armut bewirken?“, „Haben sie irgendeinen Bezug zu den Grundregeln (wie etwa Wettbewerb), nach denen unser System funktioniert?“ Diese Frage stellt sich insbesondere im Hinblick auf die Länder des Südens, die

Entwicklungshilfe bekommen und die für sie entworfenen Entwicklungs- und Politikstrategien.

Hat der Begriff der „Zivilgesellschaft“ – selbst wenn er ernstgenommen wird (um von seinem regellosen Gebrauch zu schweigen) – das Niveau der Wissenschaftlichkeit erreicht, sodass er es verdiente zum Gegenstand ernsthafter Debatten erhoben zu werden?

So, wie er uns begegnet, ist der Begriff der „Zivilgesellschaft“ mit einer Konsensideologie verbunden. Es handelt sich um einen doppelten Konsens: 1) in dem Sinne, dass es keine Alternative zur „Marktökonomie“ gibt (was wiederum ein unkritischer Begriff ist, der dazu dient, eine Analyse des „real existierenden Kapitalismus“ zu verdrängen); 2) in dem Sinne, dass es keine Alternative zur repräsentativen Demokratie auf der Grundlage von Mehrparteienwahlen (verstanden als „die Demokratie“) gibt, die als Ersatz für den Entwurf einer Demokratisierung der Gesellschaft dient, wobei es sich um einen unabschließbaren Prozess handelt.

Kontrapunktisch dazu ließ die Geschichte der Kämpfe das Aufkommen einer politischen Konfliktkultur zu, die in der Anerkennung von sozialen und nationalen Interessenkonflikten gründet. Dies verleiht den Begriffen „links“ und „rechts“ eine ganz andere Bedeutung. Damit werden der schöpferischen Demokratie das Recht und die Fähigkeit zugeschrieben, Alternativen bei der Machtausübung auszumalen, die mehr sind als eine bloße Abfolge politischer Machtwechsel (bei denen dieselben Dinge bloß unter verändertem Namen fortgesetzt werden).

„Regierungsführung“ wurde als Surrogat für „Macht“ erfunden. Der Gegensatz zwischen den beiden Eigenschaftsworten im Ausdruck „gutes oder schlechtes Regierungshandeln“ lässt an eine manichäische Schwarzweißmalerei und an Moralismus denken – Surrogate für eine möglichst wissenschaftliche Analyse der Wirklichkeit. Wiederum kommt diese Mode von der anderen Seite des Atlantiks zu uns, wo oftmals Predigten den politischen Diskurs ersetzen. „Gute Regierungsführung“ verlangt von den „Entscheidungsträgern“, „gerecht“ zu sein, „objektiv“ (die „beste Lösung“ auszuwählen), „neutral“ (eine ausgewogene Vorstellung der Argumente zu akzeptieren) und vor allem „rechtschaffen“ zu sein (natürlich inbegriffen die finanzielle Konnotation des Wortes). Liest man die Literatur, die die Weltbank zu diesem Thema produziert, so fühlt man sich, den vorgelegten Klagen nach zu urteilen – die für gewöhnlich von religiösen oder rechtskundigen Männern vorgetragen werden (selten von Frauen!) – in östliche Weltgegenden vergangener Zeitalter zurückversetzt: in die Epoche des (nicht einmal aufgeklärten) „gerechten Despoten“.

Die dem zugrundeliegende Ideologie wird klarerweise in Anwendung gebracht, um die wirkliche Frage ganz einfach aus der Welt zu schaffen: Welche gesellschaftlichen Interessen vertritt und verteidigt die Regierungsgewalt – welche auch immer es sei? Wie kann der Machtwechsel so vonstatten gehen, dass die Macht allmählich zu einem Werkzeug der Mehrheiten wird, insbesondere der Opfer des gegenwärtigen Systems? Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass das Rezept mit den Mehrparteienwahlen diesbezüglich seine Grenzen gezeigt hat.

Der „postmoderne“ Diskurs

Die Postmoderne beschließt den Diskurs, der von manchen als „neuer Geist des Kapitalismus“ bezeichnet wird. Aber es wäre angemessener, in ihm die Ideologie des späten Kapitalismus/Imperialismus der Oligopole zu sehen. Ein kürzlich von Nkolo Foe

veröffentlichtes Buch liefert eine eindrucksvolle Beschreibung dessen, wie diese Ideologie im Dienste der herrschenden Mächte ausgezeichnet funktioniert.

Die Moderne gründet im Diskurs der Aufklärung im Europa des 18. Jahrhunderts sowie im Triumph der historischen Form des europäischen Kapitalismus und dem ihn begleitenden Imperialismus, der anschließend die Welt erobern sollte. Sie leidet an Widersprüchen und Grenzen. Der von ihr formulierte Universalitätsanspruch wird in der Erklärung der Menschenrechte (aber nicht notwendigerweise derjenigen der Frauen!) verkündet, bei denen es sich in Wahrheit um die Rechte des bürgerlichen Individuums handelt. Der real existierende Kapitalismus, mit dem diese Gestalt der Moderne verbunden ist, präsentiert sich überdies als Imperialismus, der die Rechte der nichteuropäischen Völker negiert, die zwecks Abschöpfung der kapitalistischen Rente erobert und unterworfen wurden.

Sicherlich ist eine Kritik dieser bürgerlichen und kapitalistischen/imperialistischen Moderne notwendig. Und Marx hat diese radikale Kritik überaus erfolgreich durchgeführt, die ständig aktualisiert und noch tiefergehender studiert werden muss.

Die neue Vernunft verstand sich als emanzipatorisch; und das war auch zutreffend, jedenfalls insoweit, als sie die Gesellschaft von den Entfremdungserscheinungen und der Zwangsherrschaft der Ancien Regimes zu befreien vermochte. Sie war somit ein Garant des Fortschritts, aber doch einer begrenzten und widerspruchsvollen Form des Fortschritts, weil es in letzter Instanz das Kapital sein sollte, welches die Gesellschaft steuerte.

Die Postmoderne unternimmt keine solche radikale Kritik zur Beförderung der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation durch den Sozialismus. Stattdessen schlägt sie eine Rückkehr zu vormodernen, präkapitalistischen Formen der Entfremdung vor. Die von ihr propagierten Formen der Vergesellschaftung stehen mit ihrem Festhalten an einer parareligiösen oder paraethnischen „tribalistischen“ Identität der Gemeinwesen in einem notwendigen Zusammenhang. Damit stehen sie dem zur Vertiefung der Demokratie Erforderlichen diametral gegenüber; wobei letzteres zu einem Synonym für die „Volkstyranei“ geworden ist, die es wagen würde, die Organisation durch die im Dienste der Oligopole stehenden Manager in Frage zu stellen. Die von der Postmoderne vorgebrachte Kritik an den „großen Erzählungen“ (die Aufklärung, Demokratie, Fortschritt, Sozialismus, nationale Befreiung) ist nicht zukunftsorientiert, sondern wendet sich einer imaginären und falschen Vergangenheit zu, die stark idealisiert wird. Auf diese Weise befördert die Postmoderne die Fragmentierung der Bevölkerungsmehrheit, indem sie sie dazu bringt, sich der vorherrschenden Logik der imperialistischen Oligopole anzupassen. Diese Fragmentierung bereitet der vorherrschenden Logik kein Kopfzerbrechen, sondern erleichtert im Gegenteil ihre Aufgabe. Das Individuum wird nicht zu einem selbstbewussten, aufgeklärten Agenten gesellschaftlicher Veränderung, sondern bleibt Sklave einer triumphierenden Kommerzialisierung. Der aufgeklärte Staatsbürger verschwindet und macht Platz für den Konsumenten/Spekulanten, der kein nach Emanzipation strebender Bürger mehr ist, sondern ein unbedeutendes Wesen, das seine Unterwerfung akzeptiert.

ANHANG

Wie die vorherrschenden Mächte des Nordens auf die gegenwärtige Krise reagieren

Die Antworten der vorherrschenden Mächte (die Oligopole und ihre politischen Diener) auf die durch den Finanzkollaps 2008 ausgelöste „Krise“ lassen sich den nationalen Maßnahmen der Länder der Triade und den gemeinsamen Entscheidungen der G7 sowie der Europäischen Union entnehmen. Der der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegte Bericht der Kommission unter Vorsitz von J. Stieglitz, die vom 24. bis 26. Juni 2009 tagte, vervollständigt die Gesamtheit der Dokumente. Wie ich schon sagte, besteht ihr Anliegen darin, das System der finanzierten liberalen Globalisierung wiederherzustellen, das, aufs Ganze gesehen, als stabil betrachtet wird, sofern einige Korrekturmaßnahmen durchgeführt werden, mit denen künftige Probleme verhindert werden sollen. Dies betrifft die Fehler, die den Zusammenbruch von 2008 verursacht haben sollen – und das ist im Wesentlichen alles.

Alles, was dieses Ziel leistet, besteht darin, das gesamte Spektrum der für die konventionelle Wirtschaftswissenschaft so typischen Vorurteile zum Ausdruck zu bringen.

Erstes Vorurteil

Bei der Krise handelt es sich um eine Finanzkrise, die durch Exzesse der finanziellen Expansion verursacht wurde (die wiederum durch ein zu hohes Maß an „Deregulierung“ erleichtert wurden). Dies ist einfach nur eine Beobachtung, die auf trivialen Evidenzen des Augenscheins gründet. Hinter den Exzessen nämlich stehen wesentliche Notwendigkeiten, die von der Expansionslogik der Oligopole ausgehen. Die konventionellen Ökonomen verfügen nicht über das erforderliche geistige Rüstzeug, um dies zu begreifen. Deswegen zeigten sich alle bürgerlichen Ökonomen vom Finanzkollaps des Jahres 2008 überrascht, der doch nur die unausweichliche Konsequenz der Entfaltung der langen Krise war, die in den 1970ern begonnen hatte – und keineswegs nur die Konsequenz der Finanzexzesse vergangener Jahre.

Das derzeit ablaufende Krisengeschehen wird deswegen nur als Konjunkturkrise wahrgenommen, auch wenn akzeptiert wird, dass es spezielle, zugrundeliegende „Strukturprobleme“ gibt. Es handelt sich um eine V-förmige Krise, für die eine rasche Lösung greifbar ist. Die Rückkehr zum Wachstum werde die finanzielle Expansion beflügeln, wie es schon vor dem Zusammenbruch von 2008 der Fall war. Die einzige zu treffende Vorsichtsmaßnahme bestehe darin, zu verhindern, dass es bei dieser künftigen Expansion zu Anomalien kommt. Das globalisierte System werde das Wachstum unter denselben „offenen“ liberalen Rahmenbedingungen fortsetzen, unter denen es auch in den vergangenen drei Jahrzehnten stattfand und „protektionistische“ Reaktionen auf gegenwärtige Schwierigkeiten unterbinden, die nur vorübergehend seien. Dies ist nicht weit entfernt von der Version der CIA, wie sie sie in ihrem Bericht „The World in 2010“ bietet (an anderer Stelle habe ich die Empfehlung zu kritischer Lektüre dieses Dokuments ausgesprochen). Ihre konventionellen Analysen ziehen keine „großen Verwerfungen“ in Betracht, sondern nur den größeren Einfluss Chinas und anderer Schwellenländer. Dieser werde durch ein allmähliches Abrücken von der ausschließlichen Anbindung an den

Dollar als internationaler Leitwährung erleichtert. Die Reform des Systems sollte sich dies zum Ziel setzen.

Zur Überwindung der Krise sei es deswegen hinlänglich, vorrangig den Wiederaufbau funktionierender Finanzsysteme zu betreiben. Ihre Reform müsse laut den Experten der G7 so vorgenommen werden, dass ein Rückfall vermieden werden kann. Bei alledem sind diese Experten nicht in der Lage zu begreifen, dass derlei Reformen so oder so durch die Aktivitäten der Oligopole umgangen werden, solange sie ihren „privatwirtschaftlichen“ Status behalten, der es erlaubt, sie vollständig im Namen privater Interessen zu führen, die hinter ihrer Macht stehen. Die „Moralisierung“ des Diskurses und der Austausch politischer Analyse gegen Predigten wird, wie immer, vollständig konsequenzenlos bleiben.

Zweites Vorurteil

Maßnahmen zum Schutze des Wirtschafts- und Finanzsystems vor Anomalien und „Krisen“ können mittels gründlichen und tiefgehenden Untersuchungen zur Effizienz des Marktes aufgefunden werden. Bürgerliche Ökonomen konzentrieren sich beinahe ausschließlich auf diese Art Forschung. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass die Märkte sich selbst regulieren (der dogmatische liberale Standpunkt), oder dass man sie vermittels angemessener Regulierung dahin bringen kann. Gleichwohl ist niemals aufgezeigt worden, dass eine derartige Grundtendenz existiert oder ins Leben gerufen werden könnte. Aber das Gewerbe der Vulgärökonomie ist genötigt, an dieses irrige Axiom zu glauben. Gäbe es nämlich keine Selbstregulation der Märkte, oder kann es sie im Kapitalismus nicht geben, so würden die konventionellen Ökonomen nichts weiter zu vermelden haben und ihren Laden dichtmachen können!

Im real existierenden Kapitalismus interagieren das Funktionieren des Systems und der Märkte, das Hineinspielen sozialer Auseinandersetzungen und internationaler Konflikte, wie auch die Regulierungen selbst, auf solche Weise, dass das System von einem Ungleichgewicht zum nächsten fortschreitet (und höchstens einmal eine vorübergehende Phase des Gleichgewichts durchläuft). Diejenigen, die die Interessen der Arbeiter und Völker fördern wollen, sollten sich den Erfordernissen des sogenannten „Gleichgewichts“ (oder scheinbaren Gleichgewichts) versagen, das gegen sie arbeitet und ein anderes „Gleichgewicht“ (oder Ungleichgewicht) einführen, das ihnen eher entspricht. Diese grundlegende Wahl der Methode sollte diejenige unseres alternativen Projekts sein.

Drittes Vorurteil

Der Wiederaufbau wesentlicher Bestandteile des Systems der Globalisierung ist wünschenswert, weil er den Völkern des Südens Entwicklungsmöglichkeiten beschert.

Hierbei handelt es sich um ein all jenen Vulgärökonomien gemeinsames und auf die Spitze getriebenes Vorurteil, die die Vision einer „stadienweise“ (à la Rostow) ablaufenden Entwicklung teilen. Es hindert sie daran, den wahren Charakter des permanenten, geschichtlichen Scheiterns der Anstrengungen des „Südens“ (der Peripherien) zu begreifen, durch immer tiefergehende Verstrickung in den globalisierten Kapitalismus zum „Norden“ (dem Zentrum) „aufzuschließen“. Der Gedanke, dass die globalisierte kapitalistische Akkumulation für die Produktion und Reproduktion der Peripherien verantwortlich ist, bleibt ihnen vollständig fremd und gänzlich unverständlich.

Dies ist der Grund, weshalb konventionelle Ökonomen genötigt sind, die mit der Durchführung der globalisierten Akkumulation einhergehende Pauperisierung zu ignorieren und ihr Nachdenken auf ein Phänomen zu verlagern, das nur als „angelagertes“ wahrgenommen wird: Armut. Tatsächliche Gegebenheiten werden „Fehlern“ in der Politik zugeschrieben, die zu korrigieren seien, ohne dass die Frage nach der Logik des Akkumulationsprozesses aufgeworfen wird. Dabei haben alle Bemühungen zur Ausarbeitung von „Programmen zur Armutsreduzierung“ nur sehr bescheidene Ergebnisse gezeitigt. Alle Formen des Widerstands, Revolten und Unternehmungen der Gesellschaften des Südens, in andere Richtungen auszubrechen, scheinen diesen Ökonomen „irrational“ zu sein und von oberflächlichen „ideologischen“ Beweggründen veranlasst (wie etwa „extremem Nationalismus“ usw.). Solchermaßen ist es möglich, alternative Formen des Widerstands und Einbindungen außen vor zu lassen, die gleichwohl dazu bestimmt sind, in den Vordergrund des Weltgeschehens zu treten.

Viertes Vorurteil

Die gravierenden Probleme, vor denen die Menschheit heute steht (energieschluckende Produktionsverfahren, die Erschöpfung bestimmter natürlicher Ressourcen, Engpässe in den Systemen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln und andere), bewirken „angelagerte Probleme“, die voneinander isoliert und unabhängig vom System als Ganzem auftreten. Folglich können Problemlösungen innerhalb des gegebenen Systems und aus seinen Grundlagen heraus gefunden und bereitgestellt werden.

Die Vulgärökonomie ignoriert Fragen der Ökologie, die jenseits ihres Einzugsbereichs verbleibt. Anders als bei Marx der Fall, der Wert und Reichtum unterschied. Die neuen Öko-Ökonomen versuchen, diesen Problemen Rechnung zu tragen, indem sie von der konventionellen Wirtschaftslehre geerbte Kalkulationsmethoden in Anwendung bringen. Fragen der Ökologie und konventionelle Ökonomie stehen unversöhnlich nebeneinander. Gleichwohl gestattet es diese Vorgehensweise den Männern (und Frauen) an der Macht (von rechts bis links) und den Führern der Oligopole, sich in wirtschaftlicher Hinsicht einen grünen Anstrich zu verpassen. Wie früher erwähnt, ist dies zu einer Mode geworden.

Tatsächlich schließen die in den Analysen der Vulgärökonomien behandelten „Strukturprobleme“ drei große „Fragenkomplexe“ aus, die die größte Herausforderung für das gegenwärtige System darstellen.

Der erste dieser Komplexe betrifft das Problem der Arbeitsproduktivität. Beispielsweise wird kaum auf die „Krise (das Ende) des Fordismus“ hingewiesen, die am Anfang der langen, sich über drei Jahrzehnte erstreckenden Krise stand und ohne die der Zusammenbruch der Automobilindustrie – neben anderen – nicht zu erklären ist. Ignoriert man die Strukturkrise fordistischer Akkumulation, wird es unmöglich, zu verstehen, wie hier die Grundbedingungen für eine Offensive gegen die Arbeiterschaft geschaffen wurden und warum die Finanzialisierung tatsächlich das Mittel hierzu war. Wie bereits ausgeführt, verfügen orthodoxe liberale Ökonomen jedoch nicht über das erforderliche Rüstzeug, um diese Fragen in ihre „Marktwirtschaft“ zu integrieren.

Der zweite Komplex ignoriert Fragen betrifft den Status des Managements von Wirtschaftsunternehmen (des Kapitals). Allein schon die Existenz oligopolistischer Gruppen wird nur in dem Maße in Betracht gezogen, dass sie auf einige unbedeutende Vorschläge betreffend eine „Neugestaltung der Unternehmensführung“ beschränkt bleibt! Gleichwohl sind sich weite Bereiche der Öffentlichkeit – mit den orthodox-liberalen

Positionen der Rechten (die in der Tat durch und durch reaktionär sind) konfrontiert – der Notwendigkeit bewusst, den privatwirtschaftlichen Hintergrund dieser Gruppen zu hinterfragen. Ein Beispiel ist der Berufsstand der Ärzte, dem es im Großen und Ganzen leichtfällt, einzusehen, dass das Management der pharmazeutischen Industrie den Erfordernissen sozialer Bedürfnisse untergeordnet werden muss, wenn nicht gleich von ihrer Verstaatlichung die Rede sein soll.

Der dritte „große Fragenkomplex“ betrifft offenkundig die Kluft innerhalb des globalisierten Systems zwischen den „entwickelten Ländern“ (dem Norden) und den „sich entwickelnden Ländern“ (dem Süden). Wie in jedem Bericht, der die Globalisierung thematisiert, muss diese Kluft auch in einem UN-Bericht zur Sprache kommen. Aber die Ökonomen des Systems lassen die simplifizierende Sicht der „Entwicklungsstadien“ (Rostow) des orthodoxen Liberalismus nie hinter sich, die tatsächlich am ganzen Thema vorbeigeht.

Die G7 befürworten – innerhalb der bereits erwähnten Grenzen – einen „Top-down-Ausstieg“ aus der Krise.

Folglich haben die G7 eine Reihe von Vorschlägen zusammengestellt, die für eine „Korrektur“ des globalisierten Systems hinlänglich und wirksam sein sollen, sodass es die entscheidenden Vorteile des globalisierten Kapitalismus (die zur Entfaltung aller Länder des Nordens und Südens führen soll) und die „Heilmittel“ in sich vereint, um alle Fehler und Versehen zu korrigieren: Die Reduzierung finanzieller Risiken, demokratische „Steuerung“ der internationalen Institutionen, Armutsbekämpfung und – im Vorbeigehen und fast sinnlos – eine Erwähnung „verwandter Fragen“. Für ein Finanzsystem, das nicht länger ausschließlich an den Dollar gebunden ist, ist dies vielleicht ein allzu zaghafter Beginn.

In diesen Analysen wird die Aussicht auf autonome Entscheidungen der Länder des Südens nicht in Betracht gezogen. Allein schon die Vorstellung einer solchen Autonomie ist dem orthodox-liberalen Konzept der „Globalisierung“ ganz fremd. Das Argument, das vorgebracht wird, um die Idee zu stützen, dass ein globaler Konsens notwendig ist, ist äußerst schlicht: Die Krise ist global, also muss es auch die Antwort auf die Krise sein! Kein Wort über die Tatsache, dass hinter diesem scheinbaren Konsens das Streben des Nordens steht, ihn zur Durchsetzung seiner einseitigen Auffassungen zu nutzen. Tatsächlich muss die Dekonstruktion der Globalisierung der Oligopole einer Rekonstruktion der Globalisierung vorangehen, wenn diese den Menschen zugute kommen soll.

Ohne Zweifel werden deutliche Zugeständnisse hinsichtlich einer „differenzierten Behandlung der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer“ gemacht, insoweit die ersteren aufgefordert werden, „ihre Märkte für Exporte aus dem Süden zu öffnen“. In der Tat entstammt dieses Zugeständnis derselben Geisteshaltung, der vor ein paar Jahren die Einräumung „bevorzugter Behandlung“ entsprang. Denn der Abschluss der Doha-Runde, die nichts anderes als dies ins Auge fasst, wird offen gefordert. Die massive und gerechtfertigte Kritik von Jacques Berthelot und Via Campesina an der WTO wird mit vollständigem Desinteresse – und zweifelsohne auch Misstrauen – aufgenommen. Beider Analysen betreffen die Art und Weise, wie Fragen der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion behandelt werden. Gegenvorschläge, die von Gruppen aus dem Süden gemacht werden, finden nicht einmal Erwähnung. Den Norden für Exporte aus dem Süden zu öffnen, wird als Königsweg der Entwicklung angesehen. Tatsächlich aber weigert sich die liberale Orthodoxie, indem sie hierauf insistiert, einen anderen Weg in

Betracht zu ziehen, der in der Vergrößerung der internen Märkte (individuell und kollektiv) und einer relativen Verminderung der Exporte in den Norden besteht.

Das schwerwiegende Problem der Auslandsverschuldung vieler Länder des Südens führt nur zu neuen Vorschlägen für ein „Moratorium, wenn die Schuldenlast zu groß wird“. Eine genaue Betrachtung der Analysen dieser Schulden, die zu ihrem räuberischen und oftmals unmoralischen Charakter geführt haben, wird nicht vorgenommen. Die Forderung einer Nachprüfung dieser Schulden und die Ausarbeitung einer maßgeblichen internationalen Gesetzgebung, die es würdig wäre, diese Bezeichnung zu tragen, werden ebenfalls vollständig ignoriert.

Ein paar „neue“ den IMF betreffende Vorschläge könnten den Eindruck erwecken, als würden neue Vorschläge unterbreitet. Darunter derjenige zur „Durchführung der vom IMF gutgeheißenen Ausgabe von SZRs (Sonderziehungsrechten)“ (im Jahr 1997!). Aber Vorschläge wie dieser lassen außer Acht, dass die Regeln, denen diese Ausgaben von SZRs unterliegen, die reichsten Länder begünstigen (insbesondere die des Nordens), während die Beträge, die den Zahlungsausgleich der armen Länder des Südens erleichtern könnten, verschwindend klein sind. Generell werden die für die Rahmenbedingungen des IMF geltenden Grundprinzipien nicht in Frage gestellt, wenngleich zugestanden wird, dass eine Notwendigkeit zur Abschwächung der „prozyklischen“ Auswirkungen dieser Rahmenbedingungen besteht. Der IMF bleibt, was er ist: Die Autorität für die koloniale Regulierung der Währungen der südlichen Länder, zu denen sich inzwischen diejenigen Osteuropas hinzugesellen. Gute Beispiele sind die jüngsten Interventionen des IMF in Ungarn und Lettland.

Höchst selten einmal wird das legitime Recht der Länder des Südens, ihre Kapitalverkehrsbilanz zu regulieren, anerkannt, um sodann „ihre Finanzierungsströme zu kontrollieren“. Im Einklang mit diesen Konzessionen steht die Praxis, der Gesetzgebung (selbstverständlich liberal) des Niederlassungslandes den Vorrang zu geben und nicht derjenigen des Herkunftslandes der Bankinstitute. Aber hier wird vom IMF nur verlangt, zu seinen ursprünglichen Prinzipien zurückzukehren, die erst – in den späten 1990ern – unter dem Druck eines extrem liberalen Dogmatismus aufgegeben worden waren. Wie man sieht, bewegt der Widerstand Chinas, das sich der globalisierten finanziellen Freizügigkeit weiterhin verweigert, in diesem seltenen Fall von politischem Realismus schon etwas.

Im Allgemeinen jedoch ist die extrem liberale Orthodoxie weiterhin tonangebend und weigert sich, den Grundsatz freier Wechselkurse, die Bestimmung der Zinsen durch den „Markt“ (d.h. durch das Finanzkapital), oder gar die Vorliebe für eine Rechnungslegung „nach Marktpreisen“, in Frage zu stellen (die für alle angelsächsischen Ökonomen, darunter Stiglitz, typisch ist). Unter diesen Voraussetzungen ist zweifelhaft, ob der Vorschlag zur „Ausweitung der Sonderziehungsrechte“ den Weg ebnet, eine „neue“ internationale Reserve zu implementieren, die den derzeit vorherrschenden Rückgriff auf eine nationale Währung (in diesem Fall den Dollar) als Reservewährung zu ersetzen vermag. Die chinesischen Autoritäten haben begonnen, sich über Abkommen mit einigen Partnern im Süden in diese Richtung zu bewegen. Und wenngleich diese Abkommen gegenwärtig nur einen kleinen Anteil des Handels mit China ausmachen (fünf Prozent), so steht dies doch als Beispiel dafür, was der Süden tun kann, ohne zu versuchen, einen „globalen Konsens“ (d.h. das Einverständnis des Nordens) zu erreichen, der diese Praxis autorisiert. Die Abkommen im Rahmen der ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América / Bolivianische Allianz für Amerika) und der Banco Sur (in Lateinamerika) stehen mit dieser Herangehensweise im Einklang, auch wenn sie bis jetzt noch nicht in großem Maßstab umgesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund muss letztlich auch der Vorschlag, einen Economic Security Council/Sicherheitsrat für Wirtschaftsfragen (der Globale Rat für wirtschaftliche Koordination der UN) einzurichten, zweifelhaft bleiben. Wird somit durch die Forderung nach einem „globalen Konsens“ dem berechtigten Interesse der Länder des Südens ein weiteres Hindernis in den Weg gelegt, selbst zu entscheiden, auf welche Weise sie an der Globalisierung teilnehmen wollen? Man hat hier allen Grund, misstrauisch zu sein. Sollte es den Ländern des Südens zufällig gelingen (was für die liberalen Ökonomen bedauerlich wäre), sich die Institution für ihr eigenes Konzept von Entwicklung dienstbar zu machen, so kann man argwöhnen, dass die Länder des Nordens ihren Einfluss zurückdrängen werden. So haben sie es auch mit den Vereinten Nationen, der UNCTAD, dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, und vielen anderen Institutionen gemacht, die sich ihrer unilateralen Kontrolle entziehen.

Dieses Projekt ist vollkommen unrealistisch.

Es ist unrealistisch, weil die Vorstellung, dass das System selbst, wenn es in seinen Grundlagen wiederhergestellt ist, den Nord-Süd-Konflikt entschärfen werde, jeglicher Grundlage entbehrt. Es ist eine Vorstellung, der auf dem Boden der Tatsachen widersprochen wird und auch deswegen, weil die vorgebrachten Vorschläge erst dann umgesetzt werden können, wenn sich die Oligopole dafür aussprechen, was sehr unwahrscheinlich ist.

Ich glaube, dass der Wunsch, die Möglichkeit eines „Top-down-Ausstiegs“ aus der Krise zu verkünden, nicht bloß unrealistisch, sondern geradezu gefährlich ist, weil er Anlass zu Illusionen gibt.

Es gibt eine starke Analogie zwischen dem Modell einer Top-down-Lösung für den Kapitalismus, die von konventionellen Ökonomen vorgeschlagen wird, und demjenigen einer von anderen vorgeschlagenen Top-down-Lösung durch die sozialistische Revolution. In beiden Fällen soll es eine Revolution der Gesellschaft sein, nach der alle Probleme gelöst sind. Doch so funktioniert Geschichte nicht: Sie tastet sich vor, indem sie auf unmittelbare Herausforderungen reagiert, in erster Linie solche des internationalen Nord-Süd-Konflikts. Ganz zu schweigen von den stets einseitigen Reaktionen auf diese Herausforderungen, die im Zuge sozialer Auseinandersetzungen in Nord und Süd hervorgebracht werden. Durch ihr Zusammenspiel wird die Menschheit auf den langen Weg zum Fortschritt gebracht (und für mich bedeutet dies der Übergang in den Sozialismus) oder zum Abstieg in die Barbarei. Indem man einen „Top-down-Ausweg für den Kapitalismus“ vorschlägt, stoppt man ihn nicht auf seiner Fahrt ins Fiasko. Und es ist nur zu offensichtlich, dass der Ruf nach revolutionärem Gebaren anstelle einer sozialen Revolution keine Auswirkungen haben wird.

Das kürzlich von Jean-Marie Harribey und Dominique Plihon für ATTAC herausgegebene ausgezeichnete Buch „Sortir de la crise global“ (Ausweg aus der globalen Krise) zeigt, dass die reaktionäre Haltung der G7 ein vollständiges Fiasko ist; sowohl von einem sozialen Standpunkt aus, wie auch mit Blick auf den Typ internationaler Beziehungen, die sie propagiert. Die Autoren schreiben (S. 35): „Die Finanzialisierung ist keine autonome Größe. Sie wurde entwickelt, um dem Fall der Löhne und knapper werdenden Gelegenheiten für hinreichend profitable Investitionen zu begegnen. Aus diesem Grunde ist die Zunahme sozialer Ungleichheit (innerhalb eines jeden Landes wie auch zwischen den Zonen der Weltwirtschaft) ein grundlegendes Charakteristikum im Funktionieren des gegenwärtigen Kapitalismus.“

Die beteiligten Mächte verfolgen kein geringeres Ziel als einen Neustart des Systems und eine Restaurierung der von ATTAC beschriebenen Funktionen der Finanzialisierung. Sowohl auf nationaler Ebene wie auch auf Weltniveau wird die Entscheidung zu zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit akzeptiert, wodurch all die schönen Phrasen über „Armutreduktion“ aufgehoben werden.

Es ist dies die Entscheidung des US-Establishments im Ganzen wie auch seiner unverzagten Anhänger. In der Tat ist es allein dieses Modell (die „sozialen und internationalen Ungleichheiten in Verbindung mit der Finanzialisierung“), welches die USA dazu befähigt, ihre hegemoniale Position zu halten. Dies geschieht auf zwei Weisen. Einerseits bietet es die Möglichkeit, der zurückgehenden Gesamtnachfrage infolge übermäßiger Ausbeutung der Arbeit durch eine Revitalisierung mittels Schulden zu begegnen. Auf der anderen Seite versetzt es die USA in die Lage, sich ihre Auslandsverschuldung finanzieren zu lassen, indem sie sich der finanziellen Globalisierung öffnen. Wie die ATTAC-Autoren schreiben: „Die Finanzregulierung ist ein notwendiges, aber kein hinlängliches Heilmittel... Die Finanzialisierung nährt sich vom Sinken der Arbeitslöhne und den Ungleichgewichten der Weltwirtschaft. Zur Deflationierung der Finanzen müssen diese beiden Hähne zugekehrt werden..., was eine andere Reichumsverteilung und eine andere Organisation der Weltwirtschaft erforderlich macht.“ (S. 41)

Allerdings werden weder die USA noch die ihnen untergeordneten europäischen Verbündeten das Abstellen dieser Hähne dulden. Denn das Abstellen desjenigen Hahnes, der über die Auslandsverschuldung der USA den Finanzmarkt speist, würde zu einem Import der sozialen Weltkrise in die USA selbst führen. Dies ist der Grund, warum die Krise in meinen Augen eine doppelte ist: sowohl die des Spätkapitalismus der Oligopole als auch die der Hegemonie der Vereinigten Staaten. Diese beiden Aspekte sind untrennbar voneinander. Deswegen sind die Hypothesen der Ökonomen des Systems unrealistisch. Und früher oder später werden sie in Frage gestellt werden, nämlich dann, wenn die Länder des Südens, die die hauptsächlichen Opfer des Systems sind, sich die Oberhoheit zur Entscheidungsfindung wieder angeeignet haben werden.

Das als Empfehlung ausgegebene reaktionäre Modell, mit „Top-down-Lösungen“ auf die „Finanz“-Krise zu reagieren und die doppelte Restauration der brutalen Vorherrschaft der Oligopole unter der Hegemonie der USA, ist sicher nicht der einzige denkbare Ansatz. Sicherlich ist es noch nicht einmal der realistischste Modell, wiewohl es auf die sich ablösenden Regierungen in Washington und somit auf die untergeordneten Regierungen der atlantischen Europa ausgerichtet ist.

Es gibt ein weiteres Bündel an Vorschlägen zu „Top-down-Lösungen“, die von gleichermaßen konventionellen Ökonomen empfohlen werden, denen aber nichtsdestoweniger daran gelegen ist, einen ernsthaften Plan zur Reform des Weltkapitalismus vorzulegen. Ob sie nun „Keynesianer“ oder „Neo-Keynesianer“ oder anders genannt werden, spielt keine Rolle.

Die zunehmenden sozialen Ungleichheiten werden hingenommen. Nicht als „schicksalshafter Preis für den Fortschritt“, sondern, im Gegenteil, sie werden als das Ergebnis der Strategien des Kapitals der Oligopole angesehen, die sich günstige Bedingungen erschaffen (Fragmentierung der Arbeit und die Einführung internationaler Konkurrenz zwischen den Arbeitern). Diese Strategien sind der Ursprung der langen Krise der Akkumulation, die sie fortführen. Die aktuelle Krise ist deshalb keine konjunkturelle V-förmige Krise, sondern eine lange, L-förmige. Ein auf die Reduzierung

von Ungleichheiten ausgerichteter ernsthafter Plan könnte somit die L-Form in eine U-Form umwandeln.

Es ist ein kühner Plan – und das muss er auch sein. Verstaatlichungen (der Ausgangspunkt für eine mögliche Vergesellschaftung), insbesondere von Finanzinstituten, werden nicht ausgeschlossen. Die Stabilisierung des Preises von Immobilienwerten bei ungefähr 50 Prozent der künstlichen und astronomischen Preise, die die Finanzialisierung ermöglicht hatte, wird nicht als Fiasko angesehen, sondern gegenteilig als gesundheitsfördernde reinigende Kur. Eine Umkehr in der Kommerzialisierung sozialer Dienste (Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau, öffentlicher Transport, Sozialversicherungen und Renten) zu bewirken, wird als notwendig und geboten angesehen. Eine massive und nachhaltige Zunahme staatlicher Interventionen gilt nicht als katastrophal. Und selbst eine Zunahme der ausgewiesenen Haushaltsdefizite wird hingenommen (weshalb der Plan „keynesianisch“ genannt wurde), wenn hierdurch mittelfristig in den kommenden Jahren aus dem L ein U werden kann. Die „Fortsetzungsbemühungen“ geben also der produktiven Wirtschaft den Vorrang und vernachlässigen die Bedeutung der Finanzmärkte.

Der Plan zielt darauf ab, umfassend zu sein. Aber er entwirft eine ausgehandelte Globalisierung, die unterschiedliche Länder und Weltregionen (darunter Europa) befähigen soll, Binnen- und regionale Märkte bevorzugt zu behandeln. Strategien zur systematischen Unterstützung von Bauernwirtschaften werden somit möglich und stellen eine umsichtige Antwort auf die Ernährungskrise dar. Auch die ökologischen Herausforderungen könnten ernsthaft angegangen werden und nicht mehr nur von den Oligopolen links liegen gelassen. Dieser Plan hat politische Implikationen, die mit einer Stärkung internationaler Institutionen und des Völkerrechts einsetzen würden. Seine Vision ist die einer „Globalisierung ohne Hegemonie“, weder die unilaterale Hegemonie der USA noch die kollektive der Triade.

Gleichwohl wäre es ein schwerwiegender Fehler, einen „globalen Konsens“ zur Durchführung einer Top-down-Lösung anzustreben. Der Grund dafür ist, dass ein echter Konsens beim gegenwärtigen Stand der Dinge unmöglich ist. Und die Verfolgung eines solchen Fantasiebildes würde darauf hinauslaufen, mit den reaktionären G7 gemeinsame Sache zu machen, die sich selbst für die „internationale Gemeinschaft“ halten – was aus dem derzeit gängigen Sprachgebrauch hervorgeht.

Trifft dies aber zu, so bedeutet es, dass man durchaus nicht dabei ist, das Chaos des Weltsystems in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil bewegt es auf noch mehr Chaos zu. Die beste alternative Antwort besteht darin, die Chancen des Südens auf Selbstbestimmung zu vergrößern, ohne dass er zuerst den Norden durch einen falschen „Konsens“ zu überzeugen hätte.

Aus diesem Grund werde ich eine gänzlich andere Methode vorschlagen, um mögliche („realistische“) Reaktionen zu fördern, die uns in Richtung Fortschritt voranbringen. Dass einige (darunter ich selbst) vom Sozialismus überzeugt sind, ist hier natürlich nicht Gegenstand unserer Diskussion. In meinem Buch „Sortir de la crise du capitalisme ou sortir du capitalisme en crise“ (Ausweg aus der Krise des Kapitalismus oder Ausweg aus dem Krisenkapitalismus) habe ich meinen Standpunkt dargestellt (und zweifelsohne auch den anderer Personen), der gleichwohl keine „Gräben“ aufbaut, die uns von Verbündeten im gemeinsamen Kampf trennen würden.

Die Alternative bestünde darin, es den Ländern des Südens zu ersparen, in eine Polemik gegen den Norden einzutreten, sondern Seite an Seite mit ihnen voranzuschreiten, ohne

nach einer für den Norden akzeptablen Lösung im Sinne eines „globalen Konsenses“ zu suchen. Dies ist der Ansatz unseres Alternativvorschlags.

Für ein alternatives Projekt einer Antwort des Südens auf die Krise

Die Länder des Südens können aus sich selbst schöpfen, um ihre Antwort auf die Krise vorzubringen. Dabei müssen sie sich nicht allzusehr um die Reaktionen des Nordens auf die Maßnahmen kümmern, die sie nicht nur auf nationaler Ebene zu ergreifen haben werden, sondern möglichst auch auf der Ebene regionaler Gruppierungen (bestehender und zu schaffender), wie auch auf globaler Ebene („Bandung 2“ oder, besser noch, „Trikontinental 2“).

Das Ziel eines alternativen Berichts wird darin bestehen, spezifische Vorschläge zu formulieren, die damit in Einklang stehen. Glücklicherweise liegt eine Reihe hochkarätiger kritischer Studien vor, die als ausgezeichnete Sammlung von Referenzen für ein solches Vorhaben genutzt werden können. Neben anderen kann ich hier den kürzlich (im April 2009) von der UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) herausgegebenen Bericht zitieren, der den G7-Berichten und demjenigen der Kommission unter Vorsitz von Stiglitz bei weitem überlegen ist. Des Weiteren gibt es die Arbeit von Jacques Berthelot und die von Via Campesina sowie viele der Dokumente, die auf der Assembly of the World Forum for Alternatives im Oktober 2008 diskutiert oder später publiziert wurden.

Diese Vorschläge passen gut zur grundlegenden Idee, dass der „Süden“, wenn man eine mögliche und sich abzeichnende Zukunft ins Auge fasst, ohne den „Norden“ auskommen kann, während das Gegenteil nicht zutrifft.

Der Norden kann in seinem gegenwärtigen Zustand (und Alternativen zieht er nicht in Betracht) nicht überleben, ohne die Plünderung der Rohstoffe des Südens zu verstärken: natürliche Ressourcen, Öl und Gas, Bergbauprodukte, landwirtschaftliche Flächen, billige Arbeitskraft. Wird die ungleiche Entwicklung mittels Zerstörung der „marginalisierten“ Länder noch verstärkt, statt ihr gegenzusteuern, so bedeutet dies die Zunichtemachung aller Hoffnungen der „Schwellenländer“ .

Der Süden hat jetzt das nötige Rüstzeug dafür, die Reichweite der Mittel zu vermindern, mit denen der Norden seine Herrschaft ausübt, wenn nicht gar, sich ihnen ganz zu entziehen. Die Länder des Südens können die Kontrolle über ihre Bodenschätze zurückgewinnen, fortschrittlichste Technologien entwickeln und sie ihrer eigenen Entwicklung dienstbar machen. Sie können ihre Finanzgeschäfte parallel zum, wenn nicht ganz außerhalb des, globalen Systems abwickeln. Und sie können die Bedrohung militärischer Übergriffe reduzieren, worin die letzte Zufluchtsmaßnahme besteht, der letzte verbleibende Ausweg, um sie unter Kontrolle zu halten. Auf kurze Sicht kann dies überaus kompliziert scheinen. Doch kann eine Entwicklungsstrategie, die durch eine Intensivierung geeigneter Formen der Nord-Süd-Kooperation gestützt wird, zu einer allmählichen – und sogar raschen – Verminderung der zerstörerischen Auswirkungen führen.

Wirtschaft ist immer auch politisch. Und Politik hat stets eine nationale und eine internationale Ebene. Pläne, die die erste Ebene betreffen, erfordern deshalb (wenn sie seriös sein wollen) eine Berücksichtigung der Beziehungen, die sich aus den Interessenkonflikten innerhalb der Länder des Südens ergeben sowie die Formulierung von Entwicklungsalternativen. Pläne auf internationalem Niveau müssen das Erfordernis

gemeinschaftlich betriebener politischer Annäherungen in Betracht ziehen, wodurch die Triade gezwungen wird, ihr Projekt eines permanenten Krieges zur militärischen Kontrolle des Planeten zurückzustufen oder ganz aufzugeben.

Die Formen und Stadien zur Umsetzung dieses Vorhabens muss man diskutieren.

1) Das World Forum for Alternatives (WFA) und das Third World Forum (TWF) sollten den Auftakt für das Projekt bilden, indem sie eine Kommission zur Abfassung des Berichts einrichten (für die Dauer eines Jahres, wobei etwa 20 Mitglieder sorgfältig auszuwählen sein werden).

2) Der Abschlussbericht dieser Kommission sollte durch die verantwortlichen politischen Kräfte weithin verbreitet werden und den Regierungen des Südens vorgelegt werden.

Ist diese Initiative von Erfolg gekrönt, könnte es im Anschluss zur Konstituierung einer „offiziellen“ Gruppe kommen, die beispielsweise im Rahmen des Sekretariats der Bewegung der Blockfreien Staaten oder der Gruppe der 77+China der Vereinten Nationen tätig werden könnte. Wünschenswert wäre es, wenn die Präsidentschaft der Gruppe einer angesehenen politischen Persönlichkeit wie etwa Nelson Mandela übertragen werden könnte.

Samir Amin, geb. 1931 in Kairo, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler, einer der Begründer der Weltsystem-Theorie, ist Mitbegründer der kürzlich in Kairo konstituierten Ägyptischen Sozialistischen Partei.